Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Kleinanzeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 599. — Freitag, 5. Dezember 1919. Abend-Ausgabe. — 59. Jahrgang.

Wiederaufnahme der Arbeit in Italien.

Eigene Drahtmeldung.

d. Lugano, 5. Dezember.

Der bereits gemeldete Plan, die neue italienische Kammer in eine Konstituante umzuwandeln, wird nur von den Spitzen der sozialistischen Fraktion unterstützt und stößt bereits bei den gemäßigten Elementen auf Widerstand. Es scheint offenbar, daß man in den besonnenen sozialistischen Kreisen die Gefahr fürchtet, daß die Gewerkschaftsbewegung durch die an einigen Stellen aufgetretenen Zwischenfälle zu weit gegangen zu sein, und daß man es für notwendig hält, sich für die nächste Zeit weniger intensiv zu betätigen. Zu diesem Entschluß mag vor allem die Tatsache beigetragen haben, daß sich die Truppen während des Generalstreiks als regierungstreu erwiesen.

Jedenfalls ist es unbestreitbar, daß die italienischen Sozialisten für den Augenblick auf die Durchführung der Revolution verzichten mußten. Einer der gemäßigten Führer, Treves, wurde denn auch mit dem Abbruch des Generalstreiks und der Organisation des Rückzuges betraut. Dieser Rückzug war um so notwendiger, als das Zentrum in sehr deutlicher Weise jede Gemeinschaft mit den Sozialisten abgelehnt hatte, wobei die Sozialisten, wenn auch in eine starke, so doch jedenfalls völlig aussichtslose Minderheit gedrängt wurden.

Unter den Fraktionen herrscht gegenwärtig eine eifrige Organisationstätigkeit. Besonders bemühen sich die Liberalen um einen Zusammenschluß mit den Demokraten zu einer verfassungsmäßigen liberal-demokratischen Partei. Auch sonst sind Ansätze dafür vorhanden, daß sich die verschiedenen demokratischen Gruppen zu einem widerstandsfähigen, bürgerlichen Block zu vereinigen suchen.

Rom, 4. Dezember. (Stefani.) Gemäß der von der sozialdemokratischen Parteileitung und dem Allgemeinen Arbeiterbund getroffenen Entschließung wurde die Arbeit in ganz Italien wieder aufgenommen mit Ausnahme von Bologna, wo der Streik indessen noch vor Mitternacht zu Ende gehen dürfte. — Der König hat Tittoni als Präsidenten des Senats bestätigt.

Das lebensunfähige Oesterreich.

Drahtmeldung.

Wien, 5. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des deutsch-österreichischen Gewerkschaftskongresses erstattete Staatssekretär Dr. Ellenbogen Bericht über den Aufbau der Produktion. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Gewerkschaftsrat hat ein lebensunfähiges, national, wirtschaftlich und geographisch in gleicher Weise unmögliches Staatswesen geschaffen. Täglich wird es der Arbeiterschaft klarer, daß ihre Forderung nach Anschluß an die deutsche Republik die einzige Möglichkeit zur Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Zukunft darstellt. Die Entschließung fordert diesen Anschluß und ruft die Proletariermassen und die Gewerkschaften der Ententeländer auf, ihr möglichstes beizutragen zur Revision des Friedensvertrages.

In einer weiteren Entschließung wird die Regierung aufgefordert, für eine Hilfsaktion zugunsten Deutsch-Oesterreichs bei den Ententemächten vorstellig zu werden, und die Arbeiterschaft aller Länder um Unterstützung dieses Hilferufes gebeten. Der Gewerkschaftskongreß begrüßt die Hilfsbereitschaft des Deutschen Reiches, die als Zeichen erhebender völkischer Solidarität von besonderem Werte sei. Nachteile nationaler Geschiedenheit in schmerzliche Erinnerung bringe. Darauf wurde der Kongreß geschlossen.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung berichtete Abg. Riehl über den Antrag Lutz, betreffend Mitwirkung des Landtages an der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Abg. Seitz, Präsident der Nationalversammlung, betonte, die Länder möchten sich immer von dem Gedanken leiten lassen, daß Oesterreich ein Staat sei und daß diese staatliche Einheit erhalten bleiben müsse, solange bis das Land den natürlichen Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet gefunden habe. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Schließlich wurde der Antrag mit einer von Seitz beantragten formellen Abänderung angenommen.

Der „Neuen Freien Presse" zufolge wird die gestrige Vorstellung der Regierung an die Ententevertreter in politischen Kreisen als eine Art von Ultimatum aufgefaßt. Die Blätter verzeichnen das Gerücht, daß die Regierung, wenn ihre Vertreter in Paris nichts ausrichten sollten, zurücktreten würde.

Die spanische und bulgarische Regierung sprachen die Anerkennung der Republik Oesterreich aus.

Holländische Millionenspende für Deutsch-Oesterreich.

Dem österreichischen Gewerkschaftskongreß wohnte als Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes der holländische Arbeitersekretär und Redakteur des „Het Volk", Zimmen, bei. Er begrüßte den Kongreß im Namen der dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Landeszentralen, und würdigte die Haltung der österreichischen Delegation auf dem Rotterdamer Kongreß, die viel dazu beigetragen habe, die Kluft zwischen den Arbeitern der ehemals kriegführenden Länder zu überbrücken und eine neue Internationale aufzubauen. In Anbetracht des in Wien herrschenden Notstandes habe der internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, alles daran zu setzen, um den österreichischen Arbeitern Hilfe zu bringen. Die holländischen Genossen werden aus eigener Kraft Mittel aufzubringen suchen, wie viel wisse er nicht, aber auf hundert bis zweihundert Millionen Kronen habe er Hoffnung. Der internationale Gewerkschaftsbund werde dafür sorgen, daß auch die Arbeiter in den Verbandsländern die Pflichten der internationalen Gemeinschaftsarbeit üben. Er selbst werde seine Anwesenheit dazu benutzen, die Wiener Zustände in Augenschein zu nehmen, um aus eigener Ansicht den Arbeitern in den anderen Ländern berichten zu können.

Das rumänische Kabinett Vaida.

Bukarest, 4. Dezember. Vaida hat den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts angenommen.

Die Friedensverhandlungen in Pleskau.

Beginn der estnisch-russischen Verhandlungen.

Eigene Drahtmeldung.

J. Helsingfors, 5. Dezember.

Die Friedensverhandlungen sollen heute in Pleskau beginnen und später in Dorpat fortgesetzt werden. Die estnischen Geiseln reisten aus Jabursk ab, die russischen Geiseln sind ebenfalls unterwegs. Für Estland sind als Vertreter der Minister Poska, General Soots, Piip, Seljamaa, Pooroman ausersehen.

Die Randstaaten einigten sich betreffend der Grundlagen des Friedensvertrags. Estland beansprucht Kriegsentschädigung. Der Friede soll den Charakter des Waffenstillstands tragen. Der Oberste Rat in Paris forderte die estnische Regierung auf, den völligen Zerfall der Nordwestarmee zu verhindern. Zwischen den estnischen und russischen Truppen finden fortdauernd Feindseligkeiten statt. Die Esten reißen russischen Offizieren ihre Aufsetzstücke ab und berauben sie der Waffen. Judenitsch wird in Helsingfors erwartet. Nach „Pravda" erklärten sich die Menschewiki bereit, in die russische Sowjetregierung einzutreten. Nach Wiburg der Regierung soll ein neues Friedensangebot an Kolitschak und Denikin gerichtet werden.

Ein Aufruf Kolitschaks für die Nationalversammlung.

Die „Times" bringen einen Auszug aus einem Aufruf, den Admiral Kolitschak erlassen hat, in welchem er die Einberufung der Vertreter der Selbstverwaltung ankündigt.

„An der sibirischen Front", heißt es in dem Aufruf, „hat uns das Glück im Stich gelassen, aber der Feind muß besiegt werden. Die Rettung Rußlands wird aber unmöglich sein, wenn die fortschrittlichen Elemente der Bevölkerung an ihr nicht teilnehmen. Sobald als möglich wird eine Versammlung der Semstwo-Selbstverwaltungskörper zusammenberufen werden. Durchdrungen von großen demokratischen Gedanken, wendet sich die Regierung an alle Bürger mit der Forderung, am Kampf um den Sieg teilzunehmen. Erhebt Euch für wirkliche Demokratie und die konstituierende Nationalversammlung!"

Verbindung Denikins mit den Polen.

Der „Times" wird aus Warschau gemeldet, daß in der Nähe von Wrakatschow polnische Truppen mit Denikinschen Abteilungen in Berührung gekommen sind und daß nun beide Heere zusammen operieren werden. Dem „Prisym" zufolge wird diese Nachricht von Denikin bestätigt, dessen Heeresbericht vom 30. November meldet, daß seine Truppen im Rayon von Kamenetz-Podolsk mit den Polen in Verbindung traten.

Radek aus der Haft entlassen.

Der Bolschewist Radek ist aus der Schutzhaft entlassen worden.

*

Radek war bekanntlich seinerzeit in Schutzhaft genommen worden, weil er eine umfassende Agitation für den Bolschewismus in Deutschland trieb. Die Schutzhaft erfolgte auf Grund des Belagerungszustandes. Nun heißt, wie schon mitgeteilt wurde, die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß Berlin kurz hervor, und es wurde bereits angekündigt, daß die noch in Schutzhaft befindlichen Personen heimatlich entlassen werden würden. Unter diese fällt auch Radek, obwohl er als Russe Ausländer ist.

Der Abtransport aus dem Baltikum.

An zuständiger Stelle erfahren die „B. M.": Der Abtransport aus dem Baltikum wird planmäßig fortgesetzt. Admiral Hopman ist wieder in Tilsit eingetroffen. Die Grenze haben bis 3. Dezember überschritten: 15 930 Militärpersonen und 2769 Flüchtlinge.

Die Ratifikation des Friedensvertrags.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 5. Dezember.

Drahtlos wird aus London gemeldet: Der Erste Minister erklärte im Unterhause auf eine Anfrage, er hoffe, der Friedensvertrag mit Deutschland werde vor Ende des Monats ratifiziert werden.

Deutschland und seine Ostgrenze.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" soll die Reichsregierung an den Verband ein Ersuchen gerichtet haben, um eine einschneidende Verbesserung der östlichen Grenzen zugunsten Deutschlands, als sie im Friedensvertrag vorgesehen waren, zu erreichen. Unter anderem wäre gefordert worden, die gesamte neue ostbeutsche Grenze um 60 Kilometer hinauszuschieben. Das ganze Verlangen sei in einem Tone gehalten gewesen, daß General Dupont, der Vertreter der interalliierten Kommission in Berlin, es abgelehnt habe, die Note der Reichsregierung weiterzugeben.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Meldung des „Echo de Paris" unbegründet und unberechtigt. Die Reichsregierung hat lediglich, was wir seinerzeit auch veröffentlicht haben, eine im wesentlichen topographische Verbesserung der Grenze nach ethnographischen Notwendigkeiten in Vorschlag gebracht. Eine Ablehnung der Uebermittlung seitens des Generals Dupont ist nicht erfolgt.

Eine neue Partei der französischen Kammer.

Paris, 4. Dezember. Laut „Intransigeant" soll unter der Leitung des Alterspräsidenten der Kammer Steadtred eine neue Parteigruppe gebildet werden, der hauptsächlich die Anhänger der republikanischen Linken, also Politiker von der Richtung Barthou, Deschanel und Léon Bérard angehören. Man schätzt die Gruppe auf ungefähr 100 Deputierte.

Der drohende mexikanisch-amerikanische Konflikt.

Washington, 3. Dezember. (Reutermeldung.) Senator Fall, der mit der Untersuchung der mexikanischen Frage beauftragt ist, hat im Senat eine Entschließung eingebracht, in der Wilson aufgefordert wird, die diplomatischen Beziehungen mit Mexiko abzubrechen. Mexiko wird der Feindseligkeit gemacht, daß es in den Vereinigten Staaten bolschewistische Propaganda betreibe. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird die mexikanische Frage morgen besprechen.

Amerikanische Streikführer unter Anklage.

Indianapolis, 3. Dezember. 84 Führer des Verbandes der amerikanischen Bergarbeiter, darunter der Präsident Lewis und Sekretär Groeel, wurden der verbrecherischen Mißachtung des Gerichts durch Uebertretung des Verbots für die Arbeiterführer, am Kohlenstreik teilzunehmen, angeklagt.

Ein Sohn Roosevelts als Präsidentschaftskandidat.

Amsterdam, 4. Dezember. „Algemeen Handelsblad" meldet aus New York, daß Marineminister Franklin Roosevelt von den Demokraten als Kandidat für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aufgestellt werden solle.

Ein rumänisches Konkordat.

Amsterdam, 4. Dezember. Die „Times" melden aus Bukarest, daß Rumänien mit dem Vatikan in Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordats getreten ist, ein rumänischer Bischof ist zu diesem Zweck nach Rom abgereist.

Die Pariser Verhandlungen.

Nach Pariser Meldungen soll der Fünferrat heute die Antwort an die deutsche Friedensdelegation über Scapa Flow festlegen, nachdem er sich gestern mit dem Wunsche der alliierten Kleinstaaten befaßte, die ein einen Anteil an der deutschen Flotte verlangen, diese Schiffe aber nur für die Küstenpolizei zu verwenden gedenken. Es wurde grundsätzlich beschlossen, diesem Wunsche nachzukommen. Die fünf Delegierten der alliierten Großmächte sollen alsdann mit Marschall Foch über die Ausführung des Friedensvertrages verhandelt haben, doch wird darüber strengstes Stillschweigen bewahrt.

Inzwischen nimmt die französische Presse weiter Stellung zu der hartnäckigen Haltung des Verbandes in der Gefangenenfrage. Hier sind es wieder die Blätter der Linken, die damit keineswegs einverstanden sind. So vergleicht „Humanité" ironisch den Geist Schlocks, da es wie er auf seinem Schein bestehe. Die Haltung wird als eine außerordentliche Ungerechtigkeit bezeichnet, weil sie 400 000 Menschen in der durch die Gefangenschaft erschwerten militärischen Sklaverei erhalte. „Petit Parisien" veröffentlicht, als einziges Pariser Blatt, die letzte deutsche Note vom 27. November in extenso, während die übrige Presse nur kleine Bruchstücke, „Homme Libre" sogar nur elf Zeilen daraus bringen.

Der „Temps" veröffentlicht eine Unterredung, die Freiherr von Lersner einem Vertreter des Reutterschen Bureaus gewährt hat. Freiherr von Lersner habe erklärt, er habe bis jetzt noch niemand eine Unterredung gewährt, im vorliegenden Falle mache er eine Ausnahme, weil es der sehnlichste Wunsch seiner Regierung sei, daß der Friedensvertrag in befriedigender und rascher Weise in Kraft trete. Deutschland könne die Zusätze zum Ratifizierungsprotokoll, die im Friedensvertrag nicht vorgesehen seien, nicht bedingungslos unterzeichnen. Deutschland sei aber bereit, das Zusatzprotokoll anzunehmen, wenn der Schlußsatz gestrichen würde, weil Deutschland nicht dulden könne, daß nach dem Frieden ein fremder Staat bewaffnet in sein Gebiet eindringe unter dem Vorwande, daß irgend eine unbedeutende Verpflichtung nicht erfüllt worden sei.

Besonders bemerkenswert ist, daß Baron Lersner dem englischen Korrespondenten diesen Schlußsatz, der diesem unbekannt war, zur Kenntnis bringen mußte. Was die Aeußerung Baron Lersners über die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls betrifft, wird man wohl nicht fehl gehen, wenn sie in dem Sinne interpretiert wird, daß auch Erstattorderungen für die Versenkung der deutschen Flotte zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Dabei ist festgestellen, daß die im gestrigen Abendblatt der „Kreuzzeitung" gebrachte Mitteilung, die von einer Unmöglichkeit weiterer Verhandlungen, ja sogar von einer Verschärfung der französisch-deutschen Beziehungen sprach, hier nicht bekannt ist. Wenn von einem bevorstehenden Ultimatum gesprochen wird, durch welches Deutschland zur Unterzeichnung des Protokolls gezwungen werden solle, so handelt es sich dabei wohl um eine Kombination, die auf die Zuziehung Fochs zu den Pariser Beratungen zurückzuführen sein dürfte.

Im weiteren Verlauf seiner Unterredung mit dem englischen Korrespondenten wies Baron Lersner auf die Unhaltbarkeit des Verbachts hin, daß Deutschland die Ratifizierung des Friedensvertrages verzögern wolle, indem es dahin strebe, die Angelegenheit der versenkten Schiffe vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Gerade das Gegenteil sei wahr. Wenn die Alliierten den deutschen Vorschlag annähmen, könne das Protokoll sofort unterzeichnet werden. Die baltische Frage sei inzwischen ja geregelt, da die deutschen Truppen Litauen vollständig geräumt hätten.

Zu der Frage des Wiederaufbaues, besonders der Gestellung von Arbeitern, nimmt der französische Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent in der „Bataille" Stellung. Laurent charakterisiert den Standpunkt Deutschlands und kommt zum Schluß, daß die Haltung der deutschen Gewerkschaften sehr natürlich sei. Die Bedingungen, die sie an ihre Mitarbeit am Wiederaufbau knüpfen, seien durchaus verständlich. Wenn man, sagt Laurent, die Legitimität der Forderungen der deutschen Gewerkschaften anerkannt hätte, dann würden unzweifelhaft Hunderttausende von qualifizierten deutschen Arbeitern längst an der Arbeit sein. Frankreich hätte Deutschland seine Kriegsgefangenen zurückgeben können, und hätte nicht eine diplomatische Methode anwenden müssen, die die deutschen Demokraten in eine schiefe Lage brächte.

Bismarck und der Reichswirtschaftsrat.

Eine zeitgemäße Erinnerung

von

Dr. Otto Jöhlinger.

Von amtlicher Seite wird jetzt der Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums für eine Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat veröffentlicht.

I.

Die Neigung zum berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß ist vor allem dem germanischen Volksleben von jeher eigentümlich gewesen während es im klassischen Altertum, insbesondere unter dem römischen Recht gegenüber dem Individualismus auf der einen und der Macht des Staates auf der anderen Seite seine Möglichkeiten zur Betätigung gab." So schrieb vor Jahren der Kölner Nationalökonom Alexander Wirminghaus in seinem Aufsatz über die Berufsorganisationen, und in der Tat, die gleiche Organisation im eine germanische Einrichtung. Das gleiche gilt ja auch von der Genossenschaft, die ebenfalls eine rein germanische Institution ist.

Im alten Deutschland finden wir zahlreiche Vorläufer der berufsständischen Organisationen, man denke nur an die Geschlechtsgenossenschaften, an die Gilden und an die Zünfte. Die Notwendigkeit zu einem Zusammenschluß der Berufsstände ergab sich damals nicht so sehr aus den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen als vielmehr aus den politischen. Die Macht des Staates genügte den einzelnen nicht zum Schutze und zur Vertretung der Interessen, und sie erkannten frühzeitig die Bedeutung des Zusammenschlusses der einzelnen Berufsklassen. Ihren kräftigen Ausdruck findet diese Erkenntnis in der Konstruktion der Zünfte mit ihrer bis ins einzelne gehenden Regelung der Gewerbeverhältnisse und ihrem wirtschaftlichen und politischen Einfluß.

Das wird anders, als die politischen Verhältnisse sich konsolidieren, als der absolute Staat das Ruder ergreift und der Polizeistaat die Aufgaben übernimmt, die bisher die Berufsorganisationen ausgeübt hatten.

Als dann unter dem Einfluß der Lehren von Quesnay, Mirabeau und Rousseau die „Freiheit des Individuums" gepredigt wird, da bleibt für die Organisation der Stände kein Raum mehr, jedem einzelnen wird der ungehemmte Kampf ums Dasein als Notwendigkeit gepredigt, und es verschwinden die Zünfte und sonstigen Berufsorganisationen.

In der Folgezeit unterdrückt der deutsche Liberalismus den Einfluß der Berufsorganisationen, man hält immer noch die „Freiheit des Einzelnen" für die Grundlage der Volkswohlfahrt, und so kommt es denn unter dem Schlagwort des freien Wettbewerbs zu einem unorganisierten Kampf aller Gewerbetreibenden. Aber bald erkennt man die Richtigkeit des Dichterwortes: „Und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied reihe an ein Ganzes dich an". Man kehrt wieder zurück zur ständischen Organisation in den verschiedensten Formen, teils in der Form der Berufsvereine, teils in dem Zusammenschluß zu Interessenkammern bis hinauf zu der festesten Form, der Gewerbegilde, dem Kartell.

Wie überall im Wirtschaftsleben, so bewegen sich auch hier die Zoen in Wellen, ein Extrem löst das andere ab, und die neueste Entwicklung zeigt wieder die Rückkehr zu der alten Form der berufsständischen Vertretung. Die in der Revolution geschaffene Räteordnung ist ein Marksteln auf diesem Wege. Wenn man jetzt zu der Bildung des Reichswirtschaftsrates schreitet, so wird damit einmal ähnliches geschaffen, wie im alten Germanien die Ständevertretungen darstellten, natürlich unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit völlig geänderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Freilich, ganz so neu, wie man wohl jetzt gemeinhin sagt, ist der Gedanke des Reichswirtschaftsrates keineswegs. Kein Geringerer als Otto von Bismarck ist es gewesen, der den Vorläufer im „Volkswirtschaftsrat" geschaffen hat. Und so dürfte es denn von Interesse sein, an dieser Stelle einiges aus der Geschichte des Volkswirtschaftsrates wiederzugeben.

Nach langen Vorbereitungen kam im Jahre 1880 der preußische Volkswirtschaftsrat zustande, und zwar durch eine Königliche Verordnung für Preußen. Die damalige Konstruktion war derart gedacht, daß 75 Personen vom Könige für eine Sitzungsperiode von je zwei Jahren berufen wurden. Hiervon waren 45 durch die Minister für Handel und Gewerbe, für öffentliche Arbeiten und für Landwirtschaft auf Grund der Präsentation einer doppelten Anzahl durch Wahl der Handelskammern, der Vorstände der kaufmännischen Korporationen und der landwirtschaftlichen Vereine vorzuschlagen. Ergänzende Bestimmungen für die Beteiligung der Handwerkerinnungen waren vorbehalten. Von den 90 vorgeschlagenen sollten 15 Vertreter des Gewerbes des Handels und der Landwirtschaft ausgewählt werden, außerdem hatten die Minister 30 Mitglieder vorzuschlagen, unter denen mindestens 15 dem Handwerker- und dem Arbeiterstande angehören sollten.

Die Aufgaben des Volkswirtschaftsrates wurden im § 1 der Königlichen Verordnung umrissen, der besagte:

„Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen, welche wichtigere wirtschaftliche Interessen von Handel, Gewerbe und Land- und Forstwirtschaft betreffen, sind, bevor sie Meiner Genehmigung unterbreitet werden, in der Regel von Sachverständigen aus den bereitigten wirtschaftlichen Kreisen zu begutachten. Dasselbe gilt von den auf den Erlaß von Gesetzen oder Verordnungen bezüglichen Anträgen und Abstimmungen im Preußischen Bundesrate, soweit dieselben das gedachte wirtschaftliche Gebiet berühren. Die Begutachtung erfolgt durch den nach den Bestimmungen dieser Verordnung zu bildenden Volkswirtschaftsrat."

Der Volkswirtschaftsrat zerfiel in drei Sektionen, je eine für Handel, für Gewerbe und für Land- und Forstwirtschaft. Jedes Mitglied wurde durch den zuständigen Minister einer Sektion überwiesen, außerdem wurde ein permanenter Ausschuß des Volkswirtschaftsrates gebildet. Die Beratung der Ausschüsse, der Sektionen und des Plenums erfolgte auf Beschluß des Staatsministeriums durch die Minister, die die Vorlage zur Begutachtung unterbreiteten.

Ueber die zu erwartende Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats hat sich Bismarck damals in einem Schreiben als

Handelsminister an das Staatsministerium dahin ausgesprochen, daß die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen, die das Wirtschaftsleben der Nationen berühren, sich, seitdem der Staatsrat seine frühere Bedeutung verloren habe als ungenügend erwiesen habe. Es stehe daher an einer Stelle, wo derartige Vorlagen einer Kritik durch Sachkundige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden können (Schreiben vom 15. Oktober 1880). Zu dem Entwurf selbst äußert sich Bismarck in dem gleichen Schreiben dahin, daß dieser den Wünschen der Vertreter des Handels und der Industrie entgegenkomme. Er bezwecke eine Institution zu schaffen, die bei der Vorbereitung aller das wirtschaftliche Gebiet berührenden Gesetzentwürfe tätig sein solle, und es im Bundesrat, die gemein amen und besonderen Interessen der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft durch gutachtliche Aeußerungen wahrzunehmen habe.

Der damalige Volkswirtschaftsrat wurde lediglich durch Königliche Verordnung berufen, nicht aber im Wege der Gesetzgebung. Im Schreiben vom 15. Oktober 1880 sagt Bismarck wörtlich:

„Die Vorlage eines Gesetzentwurfes ist nicht erforderlich und würde nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu Distkussionen führen, bei welchen die Parteien und Fraktionen unter Hinblick auf die Wahlen der sachlichen Behandlung im Wege sind."

Schon im Jahre 1878 hatte der Zentralverband Deutscher Industrieller auf einem Kongreß in Berlin eine gemeinsame Vertretung der wirtschaftlichen Kreise beschlossen. Die damalige Resolution lautete wörtlich:

„Die Solidarität der Interessen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft erheischt eine Verbindung der drei bis jetzt getrennt stehenden Gruppen. Nur durch diese Vereinigung wird eine rein sachliche, auf das Ganze der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit der Nation gerichtete Prüfung der einschlagenden Verhältnisse gewährleistet."

Infolgedessen ersuchte damals der Zentralverband die Einsetzung eines Kollegiums für erforderlich, das, aus höheren Beamten und Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrswesens bestehend, als von der Regierung anerkannter Beirat in wirtschaftlichen Fragen fungieren sollte.

In ähnlicher Weise hat der Deutsche Handelstag vom 13. Oktober 1878 die Bildung eines volkswirtschaftlichen Senats als beguachtender staatlicher Beirat der Reichsregierung in wirtschaftlichen Fragen für notwendig erklärt. Als aber die Einrichtung, die die beteiligten Kreise ge ordert hatten, geschaffen wurde, setzte bald die Kritik ein, und das Gesetz, das dem Volkswirtschaftsrat zugrunde lag, hat in der Tat auch jahrelche Handhaben für eine solche Kritik. Denn die ganze Form, in der der Volkswirtschaftsrat bei uns wurde, erwies sich es der Regierung, sich eine gefügige Organisation zu schaffen. Da aber keine Verpflichtung zur Einberufung bestand, so hatte damals die Regierung die Wahl, ob sie sich ein Votum des Volkswirtschaftsrats geben lassen wollte oder nicht.

Am 14. Januar 1881 brachte der „Reichsanzeiger" die Ernennungen zum Volkswirtschaftsrat, nachdem schon am 7. Dezember die Präsentationen erfolgt waren. Darunter waren damals 6 Arbeiter und 9 Handwerker. Handel und Gewerbe waren durch 36 Personen vertreten, Land- und Forstwirtschaft durch 24, darunter 19 Rittergutsbesitzer.

Eine große Schwierigkeit ist stets die Zusammensetzung einer Körperschaft, die nicht auf Grund direkter, allgemeiner und gleicher Wahlen hervorgeht. Denn in einem Wirtschaftsrat wählen nicht die einzelnen Interessenten direkt, sondern auf dem Wege der Organisation. Nun sind die Organisationen verschiedenartig gebildet und von verschiedener Größe. Jede aber hat das Bestreben, daß die ihr Vertretende Zahl nicht immer mit dem wirklichen Interesse übereinstimmt. Darunter wird natürlich auch der neue Reichswirtschaftsrat zu leiden haben. Kaum war der erste Entwurf des neuen Reichswirtschaftsrats bekannt geworden, da bedienerten sich schon fast alle Stellen über die ungenügende Berücksichtigung sowohl Arbeitsgeber als Arbeitnehmer verlangten höhere Beteiligungsziffern. An sich wäre es nicht schwer, einfach die Zahl der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats zu vermehren, aber die große Gefahr liegt darin, daß, je umfangreicher das Gremium ist, um so geringer die Beschlußfähigkeit.

Unter diesen Schwierigkeiten hatte zu leiden, daß der Bismarcksche Volkswirtschaftsrat sehr zu leiden. Damals überwog die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen. Dazu äußerte sich Bismarck in einem Schreiben folgendermaßen:

„Unduchführbar ist die Vertretung aller Interessen nach Maßgabe ihres Gewichtes. Wenn eine solche stattfinden sollte, so würde sie sich nur etwa nach der Kopfzahl und der Steuerleistung in gewichtem Maßstabe herstellen lassen."

Eine Berücksichtigung nach der Steuerleistung kann aber unter den heutigen Verhältnissen natürlich nicht mehr in Betracht kommen. Bismarck kannt damals auch dem Standpunkt daß das Mißverhältnis in der Verteilung der Interessen an Bedeutung verlieren würde wenn erwogen wird, daß zunächst die sektionswise Beratung zulässig ist, und ferner, daß es sich bei diesen Beratungen nicht um entscheidende Beschlußfassungen, sondern nur um begutachtende Beurteilungen handle. Dadurch habe die Staatsregierung in den vorbereitenden Stadien das Gewicht der Gutachten die sie erhält, nicht nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der Akten, sondern nach verantwortlicher Würdigung des Inhalts zu bemessen. Bemerkenswerweise fügte Bismarck wörtlich hinzu:

„Noch weniger soll durch die Gutachten den Beschlüssen der parlamentarischen Körperschaften vorgegriffen werden. Hier, wo die tatsächlichen Verhältnisse der einzelnen Bevölkerungsklassen durch den Schwerpunkt, welchen die letzteren bei den Wahlen ausüben, direkt zum Ausdruck kommen, hat jede Gruppe unseres wirtschaftlichen Lebens die Gelegenheit, ihre numerische Bedeutung geltend zu machen."

Ebenso wie heute war auch damals eine direkte Berufung durch die Regierung vorgesehen. Freilich war damals das Berufungsrecht der Regierung sowohl absolut als auch relativ erheblich stärker. Die Regierung hatte damals bei dem zahlenmäßig viel kleineren Volkswirtschaftsrat das Recht, 20 Mitglieder von sich aus zu ernennen. (Jetzt sieht der Entwurf für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat 12 vor.) Dees Recht begründete Bismarck damals mit der Notwendigkeit in industrieriche Gebiete, die durch Organisationen nicht vertreten sind, zu berücksichtigen und Lücken, die durch die Präsentation der Verbände entstehen, auszugleichen. Interessanterweise führte Bismarck als weiteren Grund für das Recht der direkten Berufung durch die Regierung an:

„Es ist gewährt die direkte Berufung die einzige Möglichkeit, auch dem Arbeiterstande eine Vertretung zu schaffen, da ein annehmbarer Wahlmodus zur Herstellung derselben nicht erfindlich ist."

Genau wie jetzt der Reichswirtschaftsrat, so sollte damals der preußische Volkswirtschaftsrat ausschließlich eine begutachtende Rolle spielen. Aber es geht aus einem Schriftstück Bismarcks hervor, welche Bedeutung Bismarck der neuen Einrichtung beimaß, wenn er wörtlich sagt:

„In meiner Stellung als Reichskanzler empfinde ich das Bedürfnis einer solchen beratschlagenden Körperschaft besonders lebhaft, und ich würde mich außerstande, über die Zweckmäßigkeit der Vorlagen das Maß von Sicherheit zu gewinnen, welches nötig ist, um eine Grundlage der Uebernahme der Verantwortlichkeit zu bilden, wenn ich in wirtschaftlichen Fragen allein auf mein eigenes Urteil, resp. auf das meiner Mitarbeiter im Bundesrat angewiesen bin, ohne die Gewähr zu haben, welche die Vorlage auf die Kreise nicht, deren besonderes Interesse sie regeln soll. Für mich ist deshalb bei der gegenwärtigen Bildung Sr. M. des Kaisers der Beitlaud sachkundiger Personen ein persönliches Bedürfnis. Wenn meine Kollegen im Bundesrate das Bedürfnis nicht teilen sollten, würden ich dieser seine Gewissheit habe, so würde ich doch nicht daran verzichten können, für die Entschließungen und Anordnungen Sr. M. des Kaisers, für welche dem Kanzler die Verantwortlichkeit obliegt, bei Einbringung wirtschaftlicher Gesetzentwürfe eine neue Unterlage in Gestalt von Gutachten einer dem vorgeschlagenen Wirtschaftsrat ähnlichen Körperschaft zu beschaffen."

Wie hoch Bismarck die Arbeit des Wirtschaftsrats einschätzte, ist hieraus klar ersichtlich."

*

Im „Reichsanzeiger" wird nunmehr der Entwurf für eine Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, den das Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet hat, veröffentlicht, der in nächster Zeit dem Reichskabinett zur Prüfung vorgelegt werden wird. Danach hat die Reichsregierung innerhalb von 2 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung in Berlin einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat einzuberufen der aus 200 Mitgliedern besteht. Davon sind 46 aus der Land- und Forstwirtschaft, 46 aus der Industrie, 30 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 14 Vertreter des Verkehrs und der städtischen Betriebe, 10 Vertreter des Handwerks, 20 Vertreter der Verbraucherschaft, 12 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe, 10 Vertreter der einzelnen Landesteile, die vom Reichsrat ernannt werden, und 12, die von der Reichsregierung berufen werden. Die Zugehörigkeit zur Nationalversammlung aber dem Reichstage schließt die Mitgliedschaft im Reichswirtschaftsrat nicht aus. Die Mitglieder sind Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes, für sie gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Reichstagsabgeordneten, ihre Entschädigung jetzt der Reichswirtschaftsminister gemeinsam mit dem Reichsfinanzminister fest. Die Sitzungen des Reichswirtschaftsrates sind öffentlich, auf Antrag von 20 Mitgliedern kann die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die Vertreter der Reichsregierung haben zu allen Sitzungen Zutritt und müssen jederzeit gehört werden. Die Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung kann vom Reichswirtschaftsrat oder seinen Ausschüssen verlangt werden.

Der jetzige Entwurf regelt lediglich den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der ähnliche Aufgaben hat wie die Nationalversammlung, es sollen die vorbereitenden Schritte getan werden, damit ein definitiver Reichswirtschaftsrat gebildet werden kann. Die Uebergangsbestimmungen regelt der § 13, der wörtlich besagt:

„Sobald die zur Wahl des endgültigen Reichswirtschaftsrats erforderlichen Vorbereitungen zu Ende gereiten sind, or ret die Reichsregierung die Wahl und den Zeitpunkt des Zusammentritts des endgültigen Reichswirtschaftsrats an. Nach dem zusammentritt des letzteren verfügt die Reichsregierung die Auflösung des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats."

Die Haltung der magyarischen Abgeordneten.

Klausenburg, 4. Dezember. (Rumänisches Preßbureau.) Die magyarischen Abgeordneten der rumänischen Kammer haben beschlossen, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen. Sie haben den Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zwischen Rumänen und Ungarn anzubahnen und auf eine Personalunion zwischen beiden Staaten hinzuarbeiten.

Budapest, 4. Dezember. Eine Abordnung der ungarischen Royalistenpartei unter Führung des Grafen Sommssich sprach beim Ministerpräsidenten Huszar vor. Graf Sommssich brachte das Ersuchen vor, daß an dem ungarischen Wappen wieder die Stefanskrone angebracht werde, und daß bis zur Entscheidung über die Staatsform Ungarn nicht als Republik, sondern als ungarischer Staat bezeichnet werde. Der Ministerpräsident erklärte in seiner Erwiderung, er bekenne sich stolz als Royalisten. In der Frage der Staatsform werde eine Volksabstimmung zu entscheiden haben. Er sei dessen sicher, daß eine gewaltige Mehrheit sich hierbei für das Königtum aussprechen werde Was die von Sommssich vorgebrachten Wünsche betreffe, so seien sie jetzt, wo man vor den Friedensverhandlungen stehe, nicht so wichtig. In fünf bis sechs Wochen werde man ohnehin in der Lage sein, in den internen Angelegenheiten Ungarns selbst zu entscheiden. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich die Partei, unter Ausschaltung der persönlichen Frage ihre Tätigkeit fortzusetzen, wobei sie auf seine sowie auf die Unterstützung der Regierung rechnen könne.

Noch ein ungarischer Revolutionsprozeß.

Budapest, 4. Dezember. Gestern begann der Prozeß gegen die ehemaligen politischen Beauftragten des revolutionären Gerichtshofs Dr. Eugen Laszlo und Genossen.

Laszlo ist angeklagt, den Kommandanten der Terroristen, Josef Cserny, als Vorsitzenden des Revolutionstribunals beauftragt zu haben, gegen die Gegenrevolution beschuldigten Dr. Johann Varsanyi und Desider Milosnyi ein Todesurteil zu fällen. Als Beisitzer wurden zwei der gewaltsamsten Terroristen namens Karl Horvath und Franz Gombos entsendet. Nach der Fällung des Todesurteils beauftragte Laszlo zwei Terroristen mit der Vollstreckung des Todesurteils. Laszlo mahnte der Verhandlung und der Hinrichtung bei. Auf Beschl Laszlos wurden noch mehrere Todesurteile gefällt und vollstreckt. Er und seine Genossen sind noch wegen Raub, Erpressung und anderer Straftaten angeklagt. Laszlo bekennt sich nicht schuldig; hätte er sich schuldig gefühlt, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, mit den Volkskommissären zu flüchten. Er leugnet jede Teilnahme an der Fällung und Vollstreckung von Todesurteilen. Die Mitangeklagten und Zeugen sagen für ihn belastend aus.

Der Preis der englischen Kohle.

London, 3. Dezember. (Reuter.) Auckland Geddes erklärte im Unterhause, daß augenblicklich keine Aussicht auf Herabsetzung des Preises der Ausfuhrkohle bestehe. Frankreich erhalte die Kohle zu einem niedrigeren Preise als die Neutralen.

Die Erörterung des Preises für englische Kohle steht offenbar im Zusammenhang mit der in der vorigen Woche erfolgten Herabsetzung des Inlandpreises. England denkt aber nicht daran, seine zahlreichen Abnehmer an dieser Vergünstigung teilnehmen zu lassen außer Frankreich. Italien und Skandinavien werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Zweifelhaftes Schicksal der Antidumpingbill.

8. **Haag**, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Versammlung der 75 liberalen Parlamentsmitglieder, in der das Antidumpinggesetz besprochen wurde, sprach auch, wie „Manchester Guardian" berichtet, Dalziel, von dem man weiß, daß er enge Beziehungen zum Premierminister unterhält. Dalziel erklärte sich davon überzeugt, Lloyd George würde vielleicht der ganzen Vorlage einen vorläufigen Charakter geben können.

Aus dieser Versammlung und aus der Tatsache, daß auch das unionistische Wiederaufbaukomitee die Absicht hat, eine Abordnung zu Bonar Law zu schicken, schließt die „Westminster Gazette", daß das Gesetz einen Platz auf dem Schutthaufen unausgeführter Regierungspläne bekommen werde. Das Blatt beklagt sich, daß die Arbeiterpartei keine offizielle Haltung gegen den Entwurf einnehme und sagt: „Worum haben die Freihändler Henderson, Mansfon, Clynes, Thomas keine Argumente eingereicht? Ist es Tatsache, daß im Schoße der Partei eine Freihandelsgruppe besteht oder daß die Partei keine eigene Politik auf diesem Gebiete hat?" Letzteres ist wahrscheinlich, denn die Partei hat einen Ausschuß ernannt, um die Frage zu untersuchen.

Ueber die Verkürzung der Militärdienstzeit in Frankreich hat noch keiner amtlichen Note, noch keiner Entscheidung getroffen. Alle Gerüchte, die darüber verbreitet wurden, seien bedeutungslos, da der Ministerrat sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt habe.

Die Exkaiserin Eugenie ist in Paris eingetroffen, um einen Augenblicksbesuch zu konvalieren. Sie wird von Paris nach Nay Martin reisen, um dort den Winter zu verbringen.

Abgeordnetenstreik. 15 Mitglieder der tschechischen Nationalversammlung haben erklärt, die Sitzungen der Nationalversammlung nicht mehr besuchen zu wollen, wenn der nach Prag fahrende Schnellzug in Zukunft auf die mehrstündige Verspätung nicht verzichten sollte, die bei ihm zur Gewohnheit geworden ist.

Für die Befreiung der Kriegsgefangenen.

Ein Appell des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat einen Appell an die Arbeiterschaft aller Länder gerichtet, der sich für die Befreiung der noch in der Gefangenschaft befindlichen Deutschen einsetzt.

Der Appell weist auf die Härte hin, die darin liegt, daß heute, ein Jahr nach Beendigung des Kriegszustandes, noch 400 000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft festgehalten werden. Es gewinnt, so heißt es in dem Appell, mehr und mehr den Anschein, daß die jetzt in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nur dann entlassen werden könnten, wenn Deutsch und andere Gefangene dafür zur Verfügung stelle. Denn auf eine Gegnerschaft der Linken nationaler Arbeiterkreise und Unternehmer Frankreichs habe der französische Minister der verletzten Ehrenhaftigkeit erklärt, daß deutsche Architekten und Unternehmer nicht nach Frankreich hineingelassen werden. Die französischen Unternehmer hätten weiter verlangt, daß keine deutsche Arbeiter zur Verfügung gestellt werden sollten. Die deutsche Kommission habe das mit Recht abgelehnt. In Frankreich scheine aber offenbar die Meinung vorherrschend zu sein, daß im Gegensatz zu den klaren rechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrags Frankreich als Gläubiger nur zu befehlen und das besiegte Deutschland zu gehorchen habe, ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit. Es gewinne fast den Anschein, als wolle die französische Regierung durch ein besonders raffiniertes Maßnahmen den völligen physischen und physischen Zusammenbruch des deutschen Volkes verhindern. Denn darauf komme die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen hinaus. Es könne dem Western des französischen Volkes abträglich nicht verborgen bleiben, welche peinlichen und verhängnisvollen Wirkungen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen auf das ganze Volk auswirken müsse. Die deutsche Arbeiterschaft appelliere an das Kulturgewissen der ganzen Welt mit ihr seine Stimme zu erheben gegen die klar vorliegende barbarische Absicht, ein ganzes Volk auf „friedlichem" Wege auszurotten und vernichten zu wollen. Die deutsche Arbeiterschaft wende sich insbesondere auch noch an die französischen Arbeiter und die französischen Gewerkschaften und frage sie das Folgende:

„Seht Ihr denn nicht wie das französische Unternehmertum in trauter Gemeinschaft mit Euer Regierung die deutschen Kriegsgefangenen, Eure vasallengewissen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich auch der Elsassarbeiter der Kriegsgefangenen die Kaschen zu füllen? Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mißbraucht werden, um Eure eigenen der dringlichen Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden um sie gegen Euch auszuspielen können, wenn Ihr es wagen wollt, einen gesteigerten Anteil am Ertrage Eurer Arbeit zu fordern! Wenn Ihr das einsetzt — und Ihr müßt ja erkennen, daß es ist —, dann dürfen wir an Euch, französische Arbeiter und Gewerkschaften, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserm Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen."

Wenn die französische Arbeiterschaft und die französische Gewerkschaft das nicht tun wollten, dann falle auf sie die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer verliere.

Der Appell schließt mit einem Notruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam die Stimme zu erheben zum Protest gegen die ungeheure Vergewaltigung des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber.

Französische Mentalität.

In den Noten Clemenceaus sind zwar die Gründe, die den Verband auf seinem harmäckig eingehaltenen Standpunkt in der Frage der Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen verharren lassen, deutlich genug klargelegt worden. Sie haben uns gezeigt, daß von einer Verständigungsmöglichkeit selbst dann nicht wird gesprochen werden können, wenn der Friede einmal in Kraft getreten sein wird. Wie groß tatsächlich die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht sind, geht auch aus einem Brief des Berliner Korrespondenten des „Bunds" hervor, der Gelegenheit hatte, sich mit einem französischen Journalisten über dieses Thema zu unterhalten. Daß die Zurückhaltung der Gefangenen in Deutschland notwendig als Ausfluß von grausamer Rachsucht empfunden werden mußte, wollte der französische Gewährsmann nicht zugeben. „Nous ne sommes pas rancuniers", widerholte er einsch. Aber Frankreich müsse ein Unterpfand haben, daß Deutschland wirklich abrüste. Man glaube jedoch bestimmt zu wissen, daß das Gegenteil der Fall sei und daß heimlich Rüstungen in großem Umfange zu Land und zu Wasser vorgenommen würden. Frankreich aber sei „brisée", müsse also sehr leicht unterliegen, wenn es nach militärlich in der Lage sei, unerbittlich auf der völligen Entwaffnung Deutschlands bestehen.

Gegen das behauptete Mißtrauen und die Besorgnis von einer deutschen Revanche vermochten auch alle Hinweise des schweizerischen Korrespondenten auf Deutschlands tatsächliche Wehrlosigkeit nichts auszurichten, ebensowenig der Hinweis auf die trostlosen Transport- und Ernährungsverhältnisse.

Daß das Geiselsystem, wie es Frankreich handhabt, höchstens eine vorgeschobene Erklärung exiltierter Mächte beunruhigen und damit das Gegenteil der Absicht bewirken könnte, gab, so lesen wir im „Bund", der Franzose schließlich zu, gab zu, vermochte aber von seinem Mißtrauen gegen das heutige Deutschland nicht loszukommen und sich auf zur Stützung seiner Anschauung auf das Verhalten der Regierung zu berufen, die gegen die deutschen Soldatenkreise im Baltikum, sowie auf das Wiedererwachen militärischen Geistes im Innern, das doch sicher Kundgebungen jüngster Zeit bestätigt werden. In der baltischen Angelegenheit hat die deutsche Regierung in der Tat durch Schwäche den Eindruck der Zweideutigkeit erweckt; denselben Vorwurf kann man freilich mit gleichem Recht der baltischen Politik der Entente machen. Wenn die konservativ-monarchistische Opposition in jüngster Zeit sich weder stark gezeigt hat — die Beerdigung der Kundgebungen wird im Blatt unter fettem Druck gemeldet —, so kann nicht gerade die schroffe Siegerpolitik der Entente einen großen Teil der Schuld? Neben der Gesangenenfrage, die vor allem die Oeffentlichkeit erregt, macht namentlich auch die französische Säbelherrschaft bei den besetzten deutschen Gebieten, die schaff von der sachlichen Verwaltungspraxis der Briten und Amerikaner absticht, viel böses Blut in Deutschland und steht einem friedlichen Verhältnis im Wege.

Ihren Regierungsmitgliedern, schließt der neutrale Berichterstatter, verdanken es die Franzosen, daß ihnen ihre Verbündeten in Deutschland wirtschaftlich bereits weit den Rang abgelaufen haben und Frankreich allmählich in eine isolierte Stellung gerät, die seinen Interessen gar nicht von Vorteil ist. Will Frankreich die Früchte des Friedens ernten und ohne steie Fragezeichen in Europa zu gehen, so muß es seine Politik gegenüber Deutschland auf eine von der bisherigen Politik völlig abweichende Grundlage stellen,

Die Siegesfeier der Universität Straßburg.

Am 20. November wurde die deutsche Hochschule zu Straßburg als französische Universität durch einen Festakt eingeweiht, zu dem die Studentenschaften der alliierten und der neutralen Länder Einladungen erhalten hatten. Aus den Vorbereitungen zum Feste, besonders auch aus dem Wortlaut der Einladungen, ging deutlich hervor, daß die Einladungsfeier einen politischen Charakter, nämlich das Gepräge einer französischen Siegesfeier tragen sollte. Diese Tendenz, die den Franzosen sehr natürlich erscheinen mochte, erzeugte in den akademischen Kreisen der neutralen Länder Aemgern, und es kam es, daß die französische Einladung bei gut gesinnten Empfindungen aufgenommen wurde. Nur die Norweger entschlossen sich zur Beteiligung an der Feier, bei den Spaniern bedurfte es eines noch in letzter Stunde von der Iran ausgehen aus die spanische Regierung ausgebenen Drucks, um die Entsendung einer Festabordnung durchzusetzen. Die holländischen und die schweizerischen Universitäten aber lehnten unter Hinweis auf die politische Tendenz der Feier ihre Teilnahme durch ebenso höfliche wie bestimmte Erklärungen ab. Ebenso wie die Pariser wie in der Straßburger Regierungspresse Stürme der Entrüstung erregten.

Allerdings scheint man sich weder in Holland noch in Schweden einheitlich an den Beschluß der Studentenschaften gehalten zu haben. Werden doch in den Berichten der elsässischen Blätter Vertreter der holländischen Universitäten Delft und Leyden als Festteilnehmer genannt. Und was Schweden anbetrifft, so melden die Stockholmer Morgenblätter vom 21. November — dem Tage nach der Straßburger Einweihungsfeier —, daß 25 Lehrer an der Universität Upsala an Professor Baldensperger in Straßburg ein Telegramm gesandt hätten, in dem sie „anläßlich der feierlichen Einweihung der Universität in Straßburg, das jetzt nach 50 jähriger Trennung wieder mit dem französischen Baterlande vereinigt worden ist, ihre Kollegen in Straßburg warme Glückwünsche sandten mit der aufrichtigen Hoffnung auf eine reiche, ehrenvolle Zukunft der Universität".

Nicht unbemerkt ist allerdings geblieben, daß die Gratulanten nur eine kleine Minderheit in dem 150 Geleute zählenden Kollegium der Universität Upsala darstellen, und daß weder ihr Rektor Stavenow noch der Prorektor Schück und die besonders angesehenen Professoren Hjärne und Hjellen sich an der Kundgebung beteiligt haben.

Die Forderungen der belgischen Bergarbeiter.

Die nächste Zukunft des belgischen Kohlenbergbaues steht unter dem Einfluß des Manifestes, welches das sozialistische Komitee im Verein mit dem Nationalkomitee der Bergarbeiter herausgegeben hat. Es werden darin u. a. folgende Forderungen der Bergarbeiter erhoben:

1) Die Anwendung der 60 Stunden-Woche auf die Arbeiter der Oberfläche. 2) Die Lohnerhöhung im Verhältnis mit den jetzigen Kohlenpreisen, d. h. um 5% für die Löhne von 15—18 Frank, um 10% für die Löhne von 10—15 Frank und 15% für die Löhne unter 10 Frank, als zur Annahme eines Lohnes nimmt man einer Kaufkraft von 1. Januar 1920 ab. 3) Zahlung einer Entschädigung, die 25% des Mindestlohns beträgt, wenn der Arbeiter krank wird. 4) Die jetzigen Pensionsetzen sollen bis zur Revision des Gesetzes über die Pensionen der Bergleute 2 Frank pro Tag erhalten.

Noch 14 Tagen wird man erneut unterlachen, welche Folge die Bergwerksbesitzer diesen Forderungen gegeben haben. Falls deren Haltung unbefriedigend ist, werden die Arbeiter zu anderen Mitteln, d. h. zum Streik greifen.

Zusammenschluß der italienischen Demokraten.

Eigene Drahtmeldung.

d. **Lugano**, 4. Dezember.

Die vorsichtig auf allgemeine Fragen beschränkte Thronrede bei der Eröffnung tätigung der italienischen Kammer findet, abgesehen von den sozialistischen Blättern, in der Presse eine günstige Aufnahme.

Der „Corriere della Sera" nennt den Geist, von dem die Rede getragen ist, groß und edel, sowohl in bezug auf die äußere wie auch gegenüber der inneren Politik. Auch in parlamentarischen Kreisen hat noch eine Ansicht vorgelegen bleiben, welche freilich in beschränkten Wirkungen die Zurückzahlung der deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mit braucht werden, um Eure eigenen der dringlichen Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden um sie gegen Euch auszuspielen können, wenn Ihr es wagen wollt, einen gesteigerten Anteil am Ertrage Eurer Arbeit zu fordern! Wenn Ihr das einsetzt — und Ihr müßt ja erkennen, daß es ist —, dann dürfen wir an Euch, französische Arbeiter und Gewerkschaften, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserm Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen."

Wenn die französische Arbeiterschaft und die französische Gewerkschaft das nicht tun wollten, dann falle auf sie die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer verliere.

Der Appell schließt mit einem Notruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam die Stimme zu erheben zum Protest gegen die ungeheure Vergewaltigung des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber.

Französische Mentalität.

In den Noten Clemenceaus sind zwar die Gründe, die den Verband auf seinem harmäckig eingehaltenen Standpunkt in der Frage der Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen verharren lassen, deutlich genug klargelegt worden. Sie haben uns gezeigt, daß von einer Verständigungsmöglichkeit selbst dann nicht wird gesprochen werden können, wenn der Friede einmal in Kraft getreten sein wird. Wie groß tatsächlich die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht sind, geht auch aus einem Brief des Berliner Korrespondenten des „Bunds" hervor, der Gelegenheit hatte, sich mit einem französischen Journalisten über dieses Thema zu unterhalten. Daß die Zurückhaltung der Gefangenen in Deutschland notwendig als Ausfluß von grausamer Rachsucht empfunden werden mußte, wollte der französische Gewährsmann nicht zugeben. „Nous ne sommes pas rancuniers", widerholte er einsch. Aber Frankreich müsse ein Unterpfand haben, daß Deutschland wirklich abrüste. Man glaube jedoch bestimmt zu wissen, daß das Gegenteil der Fall sei und daß heimlich Rüstungen in großem Umfange zu Land und zu Wasser vorgenommen würden. Frankreich aber sei „brisée", müsse also sehr leicht unterliegen, wenn es nach militärlich in der Lage sei, unerbittlich auf der völligen Entwaffnung Deutschlands bestehen.

Gegen das behauptete Mißtrauen und die Besorgnis von einer deutschen Revanche vermochten auch alle Hinweise des schweizerischen Korrespondenten auf Deutschlands tatsächliche Wehrlosigkeit nichts auszurichten, ebensowenig der Hinweis auf die trostlosen Transport- und Ernährungsverhältnisse.

Daß das Geiselsystem, wie es Frankreich handhabt, höchstens eine vorgeschobene Erklärung exiltierter Mächte beunruhigen und damit das Gegenteil der Absicht bewirken könnte, gab, so lesen wir im „Bund", der Franzose schließlich zu, gab zu, vermochte aber von seinem Mißtrauen gegen das heutige Deutschland nicht loszukommen und sich auf zur Stützung seiner Anschauung auf das Verhalten der Regierung zu berufen, die gegen die deutschen Soldatenkreise im Baltikum, sowie auf das Wiedererwachen militärischen Geistes im Innern, das doch sicher Kundgebungen jüngster Zeit bestätigt werden. In der baltischen Angelegenheit hat die deutsche Regierung in der Tat durch Schwäche den Eindruck der Zweideutigkeit erweckt; denselben Vorwurf kann man freilich mit gleichem Recht der baltischen Politik der Entente machen. Wenn die konservativ-monarchistische Opposition in jüngster Zeit sich weder stark gezeigt hat — die Beerdigung der Kundgebungen wird im Blatt unter fettem Druck gemeldet —, so kann nicht gerade die schroffe Siegerpolitik der Entente einen großen Teil der Schuld? Neben der Gefangenenfrage, die vor allem die Oeffentlichkeit erregt, macht namentlich auch die französische Säbelherrschaft bei den besetzten deutschen Gebieten, die schaff von der sachlichen Verwaltungspraxis der Briten und Amerikaner absticht, viel böses Blut in Deutschland und steht einem friedlichen Verhältnis im Wege.

Ihren Regierungsmitgliedern, schließt der neutrale Berichterstatter, verdanken es die Franzosen, daß ihnen ihre Verbündeten in Deutschland wirtschaftlich bereits weit den Rang abgelaufen haben und Frankreich allmählich in eine isolierte Stellung gerät, die seinen Interessen gar nicht von Vorteil ist. Will Frankreich die Früchte des Friedens ernten und ohne steie Fragezeichen in Europa zu gehen, so muß es seine Politik gegenüber Deutschland auf eine von der bisherigen Politik völlig abweichende Grundlage stellen,

Die Siegesfeier der Universität Straßburg.

Am 20. November wurde die deutsche Hochschule zu Straßburg als französische Universität durch einen Festakt eingeweiht, zu dem die Studentenschaften der alliierten und der neutralen Länder Einladungen erhalten hatten. Aus den Vorbereitungen zum Feste, besonders auch aus dem Wortlaut der Einladungen, ging deutlich hervor, daß die Einladungsfeier einen politischen Charakter, nämlich das Gepräge einer französischen Siegesfeier tragen sollte. Diese Tendenz, die den Franzosen sehr natürlich erscheinen mochte, erzeugte in den akademischen Kreisen der neutralen Länder Aemgern, und es kam es, daß die französische Einladung bei gut gesinnten Empfindungen aufgenommen wurde. Nur die Norweger entschlossen sich zur Beteiligung an der Feier, bei den Spaniern bedurfte es eines noch in letzter Stunde von der Iran ausgehen aus die spanische Regierung ausgebenen Drucks, um die Entsendung einer Festabordnung durchzusetzen. Die holländischen und die schweizerischen Universitäten aber lehnten unter Hinweis auf die politische Tendenz der Feier ihre Teilnahme durch ebenso höfliche wie bestimmte Erklärungen ab. Ebenso wie die Pariser wie in der Straßburger Regierungspresse Stürme der Entrüstung erregten.

Allerdings scheint man sich weder in Holland noch in Schweden einheitlich an den Beschluß der Studentenschaften gehalten zu haben. Werden doch in den Berichten der elsässischen Blätter Vertreter der holländischen Universitäten Delft und Leyden als Festteilnehmer genannt. Und was Schweden anbetrifft, so melden die Stockholmer Morgenblätter vom 21. November — dem Tage nach der Straßburger Einweihungsfeier —, daß 25 Lehrer an der Universität Upsala an Professor Baldensperger in Straßburg ein Telegramm gesandt hätten, in dem sie „anläßlich der feierlichen Einweihung der Universität in Straßburg, das jetzt nach 50 jähriger Trennung wieder mit dem französischen Baterlande vereinigt worden ist, ihre Kollegen in Straßburg warme Glückwünsche sandten mit der aufrichtigen Hoffnung auf eine reiche, ehrenvolle Zukunft der Universität".

Nicht unbemerkt ist allerdings geblieben, daß die Gratulanten nur eine kleine Minderheit in dem 150 Geleute zählenden Kollegium der Universität Upsala darstellen, und daß weder ihr Rektor Stavenow noch der Prorektor Schück und die besonders angesehenen Professoren Hjärne und Hjellen sich an der Kundgebung beteiligt haben.

Die Forderungen der belgischen Bergarbeiter.

Die nächste Zukunft des belgischen Kohlenbergbaues steht unter dem Einfluß des Manifestes, welches das sozialistische Komitee im Verein mit dem Nationalkomitee der Bergarbeiter herausgegeben hat. Es werden darin u. a. folgende Forderungen der Bergarbeiter erhoben:

1) Die Anwendung der 60 Stunden-Woche auf die Arbeiter der Oberfläche. 2) Die Lohnerhöhung im Verhältnis mit den jetz

Radikalisierungsbestrebungen in Ostpreußen.

Von unserm Königsberger Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Offenbar begünstigt durch die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ostpreußens treten in der Provinz Ostpreußen innerhalb der sozialistischen Parteien radikalistische Bestrebungen zutage, die gerade hier nicht unbedenklich sind. Während die sozialistische Bewegung zurzeit fast ganz abgestaut ist, haben die Unabhängigen, die in den Wahlen zum Provinziallandtag zwar nur zwei Mandate errungen, im Laufe der Monate aber gleichwohl sehr an Anhang gewonnen haben, in letzter Zeit eine rege Tätigkeit entfaltet. Ihre Führer Hendemann und Meerting haben in Königsberg und in Tilsit Reden gehalten, die an Angriffen gegen die Regierung, an Unversöhnlichkeit gegen die Mehrheitssozialisten und an Anmaßung kaum zu überbieten waren. Zum Thema Einigung in der Sozialdemokratie bemerkte der letztgenannte Führer, daß eine solche nur auf dem Boden der unumschränkten Diktatur des Proletariats zustande kommen könnte. Solche Ueberheblichkeiten wären schließlich noch nicht allzu beachtenswert, wenn sie nicht bei einem Teil der Mehrheitssozialisten nicht nur keine entschiedene Zurückweisung, sondern sogar noch Billigung fänden. Namentlich in Tilsit und Insterburg sieht ein Teil der Sozialdemokraten auf einem Standpunkt, der kaum noch von dem der Unabhängigen unterschieden ist. Es sei nur an die feinerzeit gemeldete Forderung der Tilsiter erinnert, daß Noske entfernt werden müsse, zur weiteren Kennzeichnung mag dienen, daß die „Tilsiter Volkstimme", ein mehrheitssozialdemokratisches Organ, das von einem Redakteur geleitet wird, der seine Dienste noch im Februar bürgerlichen Parteien angeboten hatte, von „unserm Genossen Haase", „unserm treuen Genossen Liebknecht", aber von dem „sogenannten Genossen Winnig spricht.

Winnig hat sich den Zorn der Tilsiter Sozialdemokraten zugezogen, weil er den Einigungsbestrebungen sehr skeptisch gegenüberstehe. Einem Vertreter der demokratischen „Tilsiter Allgemeinen Zeitung" gegenüber hat er sich dieser Tage etwa folgendermaßen geäußert: „Eine Einigung wäre ein gefährliches Experiment, mit dem man wohl versuchen will, sich die radikalseren Elemente in der Partei zu erhalten oder die schon nach der radikalen Seite abgewanderten Genossen wieder zurückzugewinnen. Dieses Bestreben muß aber in den Hintergrund treten, weil wir damit Gefahr laufen, das Vertrauen der wirtschaftlich potenten Kreise zu verlieren, und den Schaden hätte das Vaterland und das ganze Volk."

Nirgends ist aber das Vertrauen und die Mitarbeit dieser wirtschaftlich potenten Kreise — Handel, Industrie und Landwirtschaft — mehr vonnöten als gerade in Ostpreußen. Es ist gegeben die Voraussetzung für die Ueberwindung der riesigen politischen Schwierigkeiten, vor denen Ostpreußen steht, und die sich letzten Endes in die Frage zusammendrängen lassen, ob die Provinz beim Reiche bleiben oder ob sie durch äußere oder innere Not gezwungen, sich ablösen wird. Diesem Gedanken hat der Oberpräsident Seehn in einer Begrüßungsansprache im landwirtschaftlichen Zentralverein Königsberg Ausdruck gegeben und daran die Mahnung geknüpft, den Streit der Parteien verstummen zu lassen und sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen. Aber das allein genügt nach nicht. Ostpreußen ist auch auf den Schutz und die Hilfe des Reiches angewiesen, auf den Schutz der Grenzen und auf die Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiet. „Wenn es dem Reiche gelingt," so sagte der Oberpräsident, „unsere Provinz mit Kohlen, Benzol und künstlichen Düngemitteln zu versorgen, dann wird es uns gelingen, uns über die nächsten fünf bis sechs Monate hinwegzuhringen, und dann wird es keine Provinz geben, die treuer zum Reiche steht als die Provinz Ostpreußen." Und dann werden auch die Radikalisierungsbestrebungen hier keinen Erfolg haben. Andernfalls aber dürfte die Provinz zum mindesten sehr unruhigen Zeiten und ernsten inneren Kämpfen entgegengehen.

Der Prozeß Marloh.

Dritter Verhandlungstag.

Als erster Zeuge wird heute der Lic. Pfarrer Dr. Rump vernommen. Er stellt fest, daß er mit dem Angeklagten nicht verwandt sei. Wehnemann habe ihm auf Anfrage gesagt, daß Marloh nur auf Befehl geschossen habe, daß man dies aber nicht veröffentlichen dürfe, da die Unabhängigen Noske und Reinhard hätten wollen. Auf Befehl an Marloh habe nach Angabe Wehnemanns gelautet: Oberst Reinhard ist weiteres, daß Marloh gegen die 300 Gefangenen zu schießen ist. Er soll erschießen, was er erschießen kann und sofort vorgegangen ist. Es soll erschossen, was er erschießen kann und sofort vorgegangen ist. Es soll erschossen werden, was es auch 150 Mann sind. Als ich einmal Marloh Vorstellungen machte und sagte: „Wie können Sie so etwas tun," antwortete er mit: „Sie sind Pfarrer und nicht preußischer Offizier." Marloh sagte mir bezüglich des zweiten Berichts wörtlich, in diesem ist die Wahrheit sehr stark entstellt" worden. Ich habe Marloh wiederholt gesagt: „Bestrafen Sie, Sie haben unter der Auflage eines zweiundzweideutigen Befehls Mordes, die mit langjähriger Zuchthausstrafe und entehrendes Strafe enden kann." Marloh erwiderte mit einer weiterhenden Ironie: „Kein Gedanke. Ich bin nur vernommen worden, damit die Unabhängigen das Maul halten. Dann macht Oberst Reinhard den Deckel zu. Ohne Oberst Reinhard und Noske hätten wir den Bolschewismus in Deutschland. Das kann ich nicht verantworten." Marloh teilte mit mit, daß Wehnemann von Oberst Reinhard gehört habe, Hindenburg hätte gesagt, daß durch die Erschießung der Matrosen Berlin vor großem Unheil bewahrt geblieben sei. Reinhard hat ferner zu Marloh gesagt: „Ich trete selbstverständlich für meine Offiziere ein. Sie dürfen mich aber nicht als eine Betebstelle benutzen. Die Sache muß geschickt gedreht werden." Vor der Sache Marlohs habe wie ein rotes Feuer eine Verlagung der Garde-Kavallerie-Schützendivision gestanden, in der es hieße: „Gegen jeden Führer eines Unternehmens, der nicht mit allen Stärke vorgeht, wird kriegsgerichtlich eingeschritten werden." Der Zeuge gibt an, mit Wehnemann und Marloh vom 11. März bis zum 1. Juni fast jeden Tag zusammen gewesen zu sein. Mitte Mai sei der Druck der Vorgesetzten auf Marloh stärker geworden. Es sei ihm mitgeteilt worden, er sollte, wenn die Schuld auf sich nehmen und die Befehle seiner Vorgesetzten schweigen. Es habe sich bei Marloh nicht um eine Flucht gehandelt, sondern um zeitweiligen Verschwinden aus Berlin unter Einfluß seiner Vorgesetzten. Leutnant Wehnemann teilte mit später vertraulich mit, daß Marloh fehr darunter litte, weil ich ihn nicht als Verwandten anerkennen wolle. Um meine festgewurzelten Vorurteile gegen Angeklagten zu zerstören, und um nicht den Verdacht zu erwecken, daß ich den ihm abrücken wolle, gab ich Marloh die Erlaubnis, meine Frau und mich Tante und Onkel zu nennen und zu duzen. Marloh hat sich immer energisch geweigert Berlin zu verlassen, da er es nicht mit der Ehre eines preußischen Offiziers vereinigen könne, sich der Verhandlung zu entziehen. Einer seiner Vorgesetzten sagte ihm darauf, er betrachte ihn von jetzt ab als Feind. Marloh merkte nämlich daß möglich, daß er auf eine Deckung durch seine Vorgesetzten nicht mehr zu rechnen habe. Wir sprachen ausführlich durch: „Entweder Internierung in einer Irrenanstalt oder Schutzhaft." Ich war mit einem Doktor Kramer von der Irrenanstalt Dalldorf bekanntgeworden und wollte versuchen, Marloh dort unterzubringen. Am Sonntag, den 1. Juni, wurde unser Tecknanen bei mir angerufen, ohne daß sich nachher jemand meldete es kamen Leute, die nach Marloh fragten. Dann erschien ein Offizier, der die Wohnstätte entfernt und eine Mannschaftsmütze aufsetzte. Dieser Offizier, der kurzerhand aufgetreten war, wollte Marloh warnen und teilte mit, daß Marlohs Verhaftung am Dienstag oder Mittwoch bevorstehe. Marloh wurde sich aber nicht am Dienstag oder Mittwoch bevorstehe. Es kam dann noch ein zweiter Offizier, der 2000 Mark brachte und ebenfalls riet, Marloh solle fliehen. Auf Anraten des Reichskommandos Kiel wurde beschlossen, daß Marloh sich dem Kriegsgerichtsrat Meyer stellen sollte. Kessel habe dem Zeugen in einer diskreten Unterredung gesagt: „Die Wahrheit darf Marloh nicht sagen, er würde sich dadurch die Rachung der Offiziere und die Sympathie der ordnungsliebenden Bevölkerung Berlins verscherzen. Er müsse vielmehr alle Schuld auf sich nehmen. Eine Verbandlung sei zurzeit unmöglich. Wir würden in einigen Wochen eine unabhängige Regierung haben, die einen von einer Rechtsregierung mit der Diktatur Noske abgesetzt würde; und dann könnte man ja verhandeln. Marloh habe vor und nach dem Bericht an Kriegsgerichtsrat Meyer der Bestimmung des Wachtmeisters Richhaum mit Stahlkammeln Zumbroich zwei Unterredungen gehabt, in denen dieser ihm erklärt habe: „Sie sind unbedingt gedeckt." Ich sagte zum weiter zu Kessel in der Unterredung: „Wenn ich von der Flucht Marlohs überzeugt sein sollte, so müßte vaterländische Pflicht verlieren." Darauf entgegnete Kessel: „Marloh ist in seiner Verzweiflung und in seinem Wahrheitsfimmel eben zu stubr. Er hat dem Kriegsgerichtsrat Meyer Dinge mitgeteilt, die ihn schwer belasten. Der Befehl lautete, daß Marloh alles niederschießen sollte. Die Aufwahl der Getöteten durch Marloh war ja menschlich sehr schön, aber juristisch ist damit nichts anzufangen." Marloh habe damals Kriegsgerichtsrat Meyer gesagt, daß, wenn ich alles auspacke, das Haus in Brand stehen würde. Man hat verlaubt, mich einzuschüchtern, und ich habe in den letzten Monaten angestrunken und angelogen worden, daß ich froh bin, endlich aus dem Wust herauszukommen. Oberstleutnant Kessel sagte mir weiter in jener Unterredung: „Wäber haben wir mit allen Mitteln die Verurteilung nicht mit Hilfe des Kriegsgerichtsrates Meyer, sondern gegen ihn durchgesetzt. Jetzt muß verhandelt werden. Die innerpolitischen Folgen kommen auf Marloh, wenn er nicht verschwindet." Kessel sagte dann weiter, Marloh solle, wenn er verschwinde, ein Mittergut bekommen und vielleicht 150 000 Mark, später Rentabilitätsamt, auch könne er Offizier bleiben. Oder er müsse sich für verrückt erklären lassen, dann würde auch für ihn gesorgt und er könne im Auslande beginnen leben. Kessel meinte ferner, so wie Oberst Reinhards Befehl gelautet habe, wäre er unverwendbar geweesen. Er (Kessel) hatte ihn schon fast abgeschwächt. Mit unglaublichem Zynismus erklärte Kessel, Marloh sei doch Krüppel, er könne sich zu einem lassen, was sonst ein Marloh. Ich hatte damit jedes Vertrauen zu Kessel verloren. Wiederholt Angeklagtenbrief für mich war aber folgende Aeußerung Kesselsz: „Ja meinigen Fragen haben wir eine unabhängige Regierung, dann kommt Marloh vor den Revolutionsgericht und wird einfach erschossen." Ich er er fragte mich, ob ich das wolle. Daraufhin verfaßt ich dann Marloh zur Flucht. Marloh soll sich einer Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Wenn Marloh es ist, dann bin ich es auch. Dann ohne meine Hilfe wäre Marloh es ist, dann bin ich es auch. Dann ohne meine Hilfe wäre Marloh es ist, dann bin ich es auch. Kessel sagte mir auch: „Die Flucht nicht möglich gewesen. Kessel sagte mir auch: „Die Papiere stellen wir aus", und er hat weiter die Aeußerung, sowiet Zuchthäuser gabe es nicht, wenn man alle Offiziere und Beamte, die sich falscher Papiere bedienten, einsperren wollte. Marloh wehrte sich, Urlaub zu beantragen; er wollte unter allen Umständen verhandeln.

(Fortsetzung folgt im Morgenblatt.)

Oberst Reinhard nicht entlassen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind die Nachrichten von einer Entlassung des Obersten Reinhard unrichtig.

Herr Franz Krüger hatte in einer Sitzung der Funktionäre der S. P. D. die Behauptung aufgestellt, daß Oberst Reinhard entgültig entlassen sei. Die Frage ist noch gar nicht spruchreif. Der Reichswehrminister beabsichtigt vielmehr, erst die Klärung abzuwarten, die der Prozeß gegen den Oberleutnant Marloh hervorbringen muß.

Die Uebernahme der Kriegsfürsorge durch das Reich.

Aus Anlaß der Uebernahme des bisher militärischen Versorgungs- und Sanitätswesens auf das Reichsarbeitsministerium und dessen Arbeitsnachweis und Hinterbliebenenfürsorge in der Kaiser-Wilhelm-Akademie fand ein Festakt statt, an dem unter andern Reichspräsident Ebert, Reichswehrminister Noske und Oberbürgermeister Wermuth teilnahmen.

Die Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers Schlicke schloß mit der Bitte an die Anwesenden, in allen Kreisen das Verständnis für die Bedeutung dieser Fürsorge für das ganze Volk zu wecken.

In längerer Rede gab Ministerialdirektor Dr. Schweyer vom Reichsarbeitsministerium einen Ueberblick über die neugeschaffene Organisation. Er stellte u. a. fest: Rund zwei Millionen Männer sind gefallen, die Zahl der Hinterbliebenen wird auf 3½ Millionen geschätzt, die Zahl der mit Rente zur Entlassung kommenden Kriegsbeschädigten wird voraussichtlich gegen 1½ Millionen betragen. Der Gesamtaufwand, der notwendig sein wird, um halbwegs befriedigende Verhältnisse in der Versorgung der Kriegsopfer zu schaffen, wird auf jährlich über 4 Milliarden Mark veranschlagt. Bei den Rente- und arbeitsministerium ist eine große Abteilung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eingerichtet worden.

Landesdirektor v. Winterfeldt als Vorsitzender des Reichsausschusses für die sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge betonte, daß auch in Zukunft zur Erreichung der Ziele der Kriegsbeschädigtenfürsorge die freiwillige Hilfsbereitschaft aller Schichten der Bevölkerung nicht entbehrt werden kann.

Zum Schluß ergriff Reichspräsident Ebert das Wort und sagte u. a.:

Die Fürsorge für die Opfer des Krieges betrachtet die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht. Trotz der schwersten finanziellen Sorgen und der fast erdrückenden Lasten, die uns aufgebürdet werden sind, darf das Vaterland seine Kämpfer und seine Toten nicht vergessen. Diese Fürsorge ist aber nicht die Aufgabe allein der Reichsregierung, das große soziale Hilfswerk ist eine Aufgabe, bei der sich alle Schichten des Volkes ohne Unterschied auf Parteianschauungen und politische Stimmungen zusammenfinden sollen, ein Gebiet, wo sich der einmütige Wille des Volkes zeigen und bewähren kann.

Die Stellenbesetzung im Reichsverkehrsministerium.

Auf eine Anfrage in der Preußischen Landesversammlung hat der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser eine Auskunft erteilt, die sich über die Stellenbesetzung im Reichsverkehrsministerium äußert. Es wird darin gesagt:

„Der Etat des Reichsverkehrsministeriums sieht zunächst folgende Stellen vor: Unter dem Reichsverkehrsminister 1 Unterstaatssekretär, 1 Ministerialdirektor, 15 nortragende Räte und Oberräte und 2 ständige Hilfsarbeiter, 29 ordentliche Schreiber usw. Bis jetzt sind an preußischen Beamten übernommen: 2 Referenten, 2 Hilfsarbeiter, 6 Kanzleihilfsarbeiter.

Die Frage der Besetzung von Beamtenstellen im Reichsverkehrsministerium ist wiederholt mit dem Reichsverkehrsministerium und Kommenschuß der einzelstaatlichen Zentralverwaltungen gepflogen worden. Die Fragen sind dahin beantwortet worden, daß die endgültige Bildung des Reichsverkehrsministeriums durch Kommenschuß der einzelstaatlichen Zentralverwaltungen gepflogen sei. Ein bestimmter Plan bestehe nicht auch ist nicht etwa die Bildung bestimmter Besetzungsstellen für die einzelnen Bundesstaaten. Um eine Benachteiligung der preußischen Interessen bei der Besetzung von Beamtenstellen im Reichsverkehrsministerium zu vermeiden, habe ich dem Reichsverkehrsministerium den Vorschlag gemacht, mir künftig bei Besetzung der Beamten die Arbeitsmaterie angemacht, mir künftig bei Besetzung der geeigneten Kräfte veranlassen zu können. Dieses ist vom Reichsverkehrsministerium zugesagt worden. Wegen Berücksichtigung der preußischen Interessen bei der Besetzung der Stellen im Reichsverkehrsministerium bin ich erneut beim Reichsverkehrsministerium vorstellig geworden."

Agrarische Obstruktion.

Daß die Landwirtschaft, zumal in Pommern, sich der Zwangswirtschaft nur mit Widerwillen fügte und alle Mittel anzuwenden bereit war, diese Zwangswirtschaft abzuschütteln, ist bekannt. Eigenartige Maßnahmen hat jetzt aber eine pommersche Kreisversammlung beschlossen. Uns wird darüber gemeldet:

K. Stettin, 2. Dezember. Die landwirtschaftliche Kreisversammlung des Kreises Naugard-Plathe in Hinterpommern hielt eine von mehreren hundert Landwirten des ganzen Kreises besuchte Versammlung ab, in der die folgende Entschließung angenommen wurde:

„Die heutige landwirtschaftliche Kreisversammlung des Kreises Naugard-Plathe erklärt, daß die Zwangswirtschaft der landwirtschaftlichen Produkte nach wie der eine tief einschneidende Behinderung der Erzeugung zum Schaden der Volksgesamtheit. Falls der vom Reichstag beschlossene Weg nicht innerhalb 14 Tagen beschritten wird, so erklärt die Versammlung, daß sie sich in Zukunft dem Zwange der Ablieferungsmöglichkeit nicht mehr beugen, irgendwo aber freiwillig die Städte des Kreises im bisherigen Umfange mit Ausnahme von Kloch zu den Höchstpreisen belieferen, den übrigbleibenden Teil ihrer Produkte aber in freien Verkehr bringen wird.

Zugleich wurde beschlossen, den Behörden feinerlei Durchsuchung der landwirtschaftlichen Betriebe mehr zu gestatten und zum freiwilligen Verkauf der für die Versorgung der Städte nicht mehr erforderlichen Produkte überzugehen.

Es ist natürlich unmöglich, daß die Landwirtschaft eines Kreises in dieser Form Obstruktion gegen Einrichtungen treibt, die die Vorbedingung der für die Lebensmittelversorgung des gesamten Reiches geschaffenen Organisation sind. Das würde eine Durchbrechung dieser Organisation und damit die Unmöglichkeit bedeuten, die Ernährung des gesamten Volkes sicherzustellen. Selbstverständlich wird die Regierung ein solches Vorgehen nicht dulden dürfen. Sie ist im Interesse des gesamten Volkes verpflichtet, mit allen Mitteln gegen solche Eigenmächtigkeiten vorzugehen. Täte sie das nicht, so würde sie pflichtvergessen handeln. Denn sie würde eine Anarchie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung riskieren, die zu den schwersten Krisen nicht nur der Versorgung, sondern auch politischer Natur führen müßte.

Deutsches Reich.

Oeffentliche Reichsratssitzung.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, wurden den Ausschüssen überwiesen Entwürfe von Verordnungen über die Auslegung der Begriffe Friedensschluß und Kriegszustände im Sinne rechtsgeschäftlicher Erklärungen, über Abänderung der Verordnung, über die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften vom 2. November 1917, über den Betrieb der Anlagen der Groß-Eisenbahnen, über Aufhebung der Verordnungen über den Verkehr mit Wildbrät und Hühnern, sowie über die Regelung der Wildpreise und der Entwurf einer Verordnung über vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Fleisch. — Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die ärztlichen, zahnärztlichen usw. Prüfungen unter Abwicklung von der höchstenden Prüfungsordnung vorzeitig beginnen dürfen. — Der Minden-Ravensbergsche Knappschaftsverein wurde weiterhin als Ersatzkasse gemäß § 368 des Angestelltenversicherungsgesetzes zugelassen. — Angenommen wurden ferner Grundsätze und Richtlinien zu der Verordnung über Erhöhung des Holzeinschlages zur Linderung des Mangels an Nutz- und Brennholz (die nunmehr im „Reichsanzeiger" veröffentlicht ist), und die Ausführungsverordnungen der Reichsregierung zu dem Gesetz über die Entschädigung der infolge Verminderung der Wehrmacht ausscheidenden Offiziere, Deckoffiziere und Kapitulanten. Sämtliche Beschlüsse erfolgten einstimmig ohne Debatte.

Gegen das Hochschullehrbuch der Volkshochschulehrer.

Der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände hat in einer scharf gegen den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Entschließung zu der Zulassung der Volkshochschulehrer zum Hochschulunterricht Stellung genommen. Nach einem Hinweis auf die Sonderstellung der gelehrten Arbeiter, den nicht parteipolitischen Charakter des Reichsausschusses und die Notwendigkeit, das Bildungsrecht auf den Hochschulen nur denen zu sichern, die „auf Grund ihrer Vorbildung von dem Gute der deutschen Hochschule Besitz nehmen können", bestreitet diese Erklärung „auf das entschiedenste, daß die Lehrvorbildung als Vorbereitung zur Universitätsstudien angesehen werden kann", gibt der Unbeteiligung Ausdruck „daß die Verordnung des Ministers nicht erfolgt ist auf Grund im Ministerium allgemein verbreiteter Ueberzeugung von ihrer Berechtigung, sondern auf den Druck und die Drohungen der Standesvereine der Volksschulehrer und aus politischen Rücksichten", und wendet sich „mit aller Schärfe dagegen, daß ungeeignete Studierende den Hochschulen und Halbakademiker den akademischen Berufen zugeführt werden."

Genossenschaften für Bodenverbesserung.

Der Siedlungsausschuß der Preußischen Landesversammlung begann mit der Beratung des Siedlung gesetzes die Beratung des damit eng zusammenhängenden Bodenverbesserungsgesetzes, welches wiederum durch das Wassergesetz ergänzt wird. Im allgemeinen erklärte sich der Ausschuß mit dem von der Regierung vorgelegten Bodenverbesserungsgesetz einverstanden, nur wurde eine Umstellung der Paragraphen beabsichtigt. Das Gesetz sieht die Bildung von Bodenbeliefernungsgenossenschaften vor, die die Aufgabe haben sollen, Meliorationen auf Moor- und Heideboden zu erleichtern, damit er später als Siedlungsland benutzt werden kann. Bei den Verhandlungen über die vorzunehmenden Arbeiten sollen die Genossen zunächst zu einem sogenannten Anhörungstermin geladen werden. Bleiben Einwände, die mit den getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden sind, sollen dann aufgefordert werden. Bevollmächtigte zu wählen innerhalb der einzelnen Gemeinden, die sie bei einem einige Wochen später einzuberufenden zweiten und endgültigen Termin vertreten sollen.

Sächsisches Regierungsamt: für Wohlfahrtspflege.

S. Dresden, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die sächsische Regierung will Anfang nächsten Jahres ein Amt für Wohlfahrtspflege einrichten, dem auch Frauen angehören werden.

Das Gehalt des Landrats von Breslau.

In einem Teil der Presse wird bemängelt, daß der Landrat in Breslau, der Mehrheitssozialdemokrat ist, ein Gehalt von 14 400 Mark bezieht. Diese Summe erscheint einem Teil der Presse übermäßig hoch.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Teuerung und bei der Entwertung des Geldes Gehaltsätze anders zu beurteilen sind, als früher. Außerdem wird uns aber von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß den Landräten allgemein jetzt Zuschüsse für die Bureaus und Repräsentationsunkosten zugewiesen werden. Mit der Parteizugehörigkeit des Breslauer Landrats hat also die Gehaltsfestsetzung gar nichts zu tun.

Das amtliche Abstimmungsergebnis in Coburg.

Coburg, 4. Dezember. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Abstimmungsergebnis im Freistaate Coburg wurden 26 102 Stimmen für den Anschluß an Bayern und 3166 Stimmen für den Anschluß an Thüringen abgegeben. 56 Stimmen waren ungültig.

Die Kartoffelnot im rheinischen Industriebezirk.

T. Düsseldorf, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stand der Kartoffelversorgung im rheinischen Industriebezirk ist als katastrophal zu bezeichnen. Bis zum 31. November sollten an die Regierungsbezirk Düsseldorf 9 000 000 Zentner geliefert sein, es sind aber bisher erst 14 Millionen Zentner eingegangen.

Mackensen in Lauenburg.

F. Danzig, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Generalfeldmarschall v. Mackensen ist heute früh 9 Uhr in Lauenburg eingetroffen. Die Stadt war reich geschmückt. Das Infanterie-Regiment 128 und das Reichswehr-Regiment 33 hatte mit Vereinen und der Schuljugend Aufstellung genommen. Der Generalfeldmarschall war in Begleitung seiner Gattin, seiner beiden Söhne und seiner Tochter. Als er den Bahnhofsvorplatz betrat, wurde er von der Menge begeistert begrüßt. Nachdem der Feldmarschall die Front abgeschritten hatte, hielt der Bürgermeister von Lauenburg eine Ansprache an Mackensen als Ehrenbürger von Lauenburg und nannte ihn Feldmarschall Vorwärts. Mackensen wies in seiner Antwort darauf hin, daß er auch wie Marschall Vorwärts Gefangenschaft gehabt habe. Er sei es seinen Soldaten schuldig gewesen, bis zuletzt bei ihnen im Felde auszuharren. Mackensen dankte der Stadt Lauenburg und sprach zu der versammelten Jugend den Wunsch aus, daß sie den Geist der Kämpfer dieses Feldzuges ehre. Auf der Jugend stehe seine Hoffnung für das Wiedererstehen Deutschlands. Es folgte ein Paademarsch. Der Feldmarschall begab sich später nach dem Gute Jannewitz.

Mit dem Generalfeldmarschall ist auch der Armeeintendant der Armee Mackensen, Geheimer Kriegsrat Keber zurückgekehrt. Er ist mit dem Amte des Chefs des Heeresverwaltungsamts im Reichswehrministerium betraut worden.

Personalnachrichten.

Die preußische Staatsregierung hat den Wirklichen Geheimen Oberbaurat Uber zum Oberbaudirektor und Ministerialdirektor und den Regierungspräsidenten Dr. jur. Kirchstein zum Ministerialdirektor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt.

Der Chef der Marinestation der Nordsee, Kapitän z. S. Michelsen, ist zum Konteradmiral befördert worden.

Aus Groß Berlin.

Brand im Fernsprechamt Steinplatz.

Durch einen heute vormittag in den technischen Einrichtungen der Vermittlungsstelle des Amtes Steinplatz in Charlottenburg ausgebrochenen Brand ist zurzeit der Betrieb der Anschlüsse dieses Amtes gestört. Die Wiederherstellung ist bereits eingeleitet.

Verkürzung der Polizeistunde. Die große Koblenzer, die in allen deutschen Städten herrscht, hat den Minister des Innern veranlaßt, durch einen Erlaß an die Regierungspräsidenten für alle Großstädte einheitlich die Polizeistunde auf 11 Uhr festzusetzen. Der Erlaß ist jetzt dem Berliner Polizeipräsidium zugegangen und wird nach Unterzeichnung durch den Polizeipräsidenten bekanntgegeben und dann unmittelbar in Kraft treten. Unter Umständen wird die Verkürzung der Polizeistunde eine Einschränkung des Straßenbahnverkehrs nach 11 Uhr eintreten lassen, doch ist darüber bis zur Stunde noch keine Entscheidung getroffen.

Die Kohlenversorgung stockt wieder derartig, daß bereits die Bucher Anstalten, die Epileptikerheilanstalt in Havelberg, Krankenhaus Friedrichshain, die Epileptikerheilanstalt Wuhlgarten ganz ohne Kohlen sind. Der Berliner Magistrat bemüht sich: Alle diese Anstalten können wegen Mangels an Kohle die Kranken nicht mehr mit warmen Speisen versorgen, die Krankenhäuser können nicht geheizt werden. Alle dringenden Posten fingen warm bisher erfolglos. Der Pt. kohlenkommen für das das Amtsleiten durch keine Beamten beteiligten lassen, und sich von dem Notstand überzeugt, durchgreifende Mittel aber ist nicht erfolgt. Auch die Pumpstationen I und II sind von Kohlen vollständig entblößt. Wenn jetzt nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, müssen die Abwässer in die Spree geleitet werden.

Wohnungsnot in Berlin. Der Magistrat der Stadt Berlin ist beim Staatsministerium vorstellig geworden, sogleich Maßnahmen zur Ableitung des Zustrom der Flüchtlinge nach der Reichshauptstadt zu ergreifen. Es sind bereits 2000 wohnungslose flüchtlingsfamilien angemeldet, täglich kommen etwa 50 hinzu. Einheimische wohnungslosche Familien sind bereits 10 000 vorgemeldet, so daß zurzeit rund 12 000 Wohnungen benötigt werden. Da die Baustätigkeit in vieler Zeit in geringerem Umfange nicht aufgenommen werden kann, die bei nur wieder, nach Möglichkeit kreierbarende Fabrik- und Gewerbehäuser herangezogen und Zwangseinquartierungen in größerem Umfang, als bisher vorgenommen.

Trauerfeier für Kapitän z. S. Siewert. Die feierliche Ueberführung des im Baltikum von den Letten erschossenen Kapitäns z. S. Paul Siewert, des Führers der deutschen Legion, wurden Donnerstag mittag im Krematorium in der Gerichtstraße eingeleitet. An der Spitze einer Abordnung der Admiralität war Admiral von Trotha an der Trauerfeier erschienen. Eine Reichsflagge bedeckte den Sarg des tapferen Offiziers. Kapitän Siewert war geborener Berliner. An seinem Sarge standen die Mutter und die Witwe, eine Tochter des verstorbenen Schulrat des Landesgymnasiums Geh. Baurat Friedrich Schulze.

Die Deutsche Gesellschaft 1914 schließt bis auf weiteres ihre Räume um 9 Uhr 30 Min.

Die Verwaltungsakademie teilt mit: Herr Dr. Münster kommt am Sonnabend, den 6. Dezember, seinen Vortrag über das Thema „Der Beamte im Auslande" ausfallen lassen. Er spricht dafür nächsten Sonnabend.

Unsere Eingebornenbehandlung. Die nächste Sitzung der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre E. V. findet am Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr im Saal des früheren Reichskolonialamtes, Wilhelmstraße 62, statt. Herr Dr. Schulz, Gouverneur von Samoa, spricht über: „Eingeborenenpolitik und Eingeborenenbehandlung in deutschen und außerdeutschen Kolonien."

Sünderkarten. Nach Weisung des Berliner Magistrats werden bei der nächsten Ausgabe von Versorgungskarten durch die Brotkommissionen auch Bezugskarten auf tägliche Gänse verteilt. Jeder Berliner Haushalt erhält eine solche Karte. Sie berechtigt zum Bezuge einer täglichen Gans, soweit der Vorrat reicht, oder zum Bezuge einer Ersatzgans, soweit der Vorrat reicht. — Die „C I"-Kinderkarten werden für den 5. bis 8. d. Mts. mit Reisemilch und einer Büchse Kondensmilch beliefert. Auf die „C II"-Kinderkarten wird ½ Liter Feldmilch ausgegeben.

Weihnachts-Einschränkungen im Paketverkehr treten für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember wie in den Vorjahren im Paketverkehr ein: 1) Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. 2) Das Verlangen der Zustellung bis für die Geschenkten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen verschickt, nicht zugesichert. 3) Dringende und Eilbriefpakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Trothas Brief an Admiral Reuter.

Nach der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht die englische Admiralität einen Brief, den der Chef des Admiralstabes, von Trotha, am 9. Mai an Admiral von Reuter gesandt hat. Die englische Admiralität glaubt, in diesem Brief einen von Trotha an Reuter gegebenen Versenkungsbefehl hinsichtlich der Scapa Flow-Flotte zu erblicken. Das Berliner Blatt hat dazu von unterrichteter Seite erfahren, daß das Schreiben des Admiralstabes, wie es in England dargegeben wird, richtig sei bis auf die Fortlassung eines sehr wichtigen Schlußsatzes.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, steht die Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts des Schreibens unmittelbar bevor, doch kann schon jetzt betont werden, daß in dem Brief keineswegs der Befehl zur Versenkung enthalten ist. Die Lage war die, daß die Mannschaften der Scapa Flow-Flotte sehr unruhig wurden, und daß Trotha von Reuter gegebenen Versenkungsbefehl hinsichtlich der Scapa Flow-Flotte zu verhindern. Das Schreiben des Admiralstabes wird es in England zur Verhinderung eines sehr wichtigen Schlußsatzes.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, steht die Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts des Schreibens unmittelbar bevor, doch kann schon jetzt betont werden, daß in dem Brief keineswegs der Befehl zur Versenkung enthalten ist. Die Lage war die, daß die Mannschaften der Scapa Flow-Flotte sehr unruhig wurden, und daß Trotha von Reuter gegebenen Versenkungsbefehl hinsichtlich der Scapa Flow-Flotte zu verhindern. Das Berliner Blatt hat dazu von unterrichteter Seite erfahren, daß das Schreiben des Admiralstabes, wie es in England dargegeben wird, richtig sei bis auf die Fortlassung eines sehr wichtigen Schlußsatzes.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, steht die Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts des Schreibens unmittelbar bevor, doch kann schon jetzt betont werden, daß in dem Brief keineswegs der Befehl zur Versenkung enthalten ist. Die Lage war die, daß die Mannschaften der Scapa Flow-Flotte sehr unruhig wurden, und daß Trotha von Reuter gegebenen Versenkungsbefehl hinsichtlich der Scapa Flow-Flotte zu verhindern. Das Berliner Blatt hat dazu von unterrichteter Seite erfahren, daß das Schreiben des Admiralstabes, wie es in England dargegeben wird, richtig sei bis auf die Fortlassung eines sehr wichtigen Schlußsatzes.

Letzte Meldungen.

Rotterdam, 5. Dezember. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der englische Arbeitsminister teilte im Unterhause mit, daß der Gesetzentwurf über die 48-Stunden-Woche werde verschoben werden.

Amsterdam, 4. Dezember. Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Peking, in der Botschaft des chinesischen Präsidenten wird daran hingewiesen, daß das Zentralkomitee entgegengehet, wenn die Bund der unter den Waffen befindlichen Truppen weiterhin auf diesem Höhe gehalten wird. Es wird beabsichtigt, die Heeresstärke von 20 von Hundert herabzusetzen.

Barometer- u. Thermometerstand v. Petzpierre, Friedrichstr. 69.

Am 4. ab

Neuordnung der juristischen Staatsprüfung.

Der preußische Justizminister hat durch Allgemeine Verfügung vom 3. Dezember 1919 die Bestimmungen über die große Staatsprüfung eingreifend geändert. Das Ziel dieser Reform ist eine bedeutende Verkürzung des Prüfungsabschnitts. Bis zum Kriege mußte nach erfolgter Präsentation des Referendars dieser eine sogenannte wissenschaftliche Arbeit mit sechs Wochen Frist und eine praktische Arbeit innerhalb von drei Wochen abliefern. Alsdann folgten Klausurarbeiten und den Schluß bildete eine eintägige mündliche Prüfung. Die Gesamtdauer der Prüfungszeit erstreckt sich vielfach auf ein halbes Jahr. Bei Kriegsbeginn wurden die bekannten Notprüfungen eingeführt, von denen viele Hunderte von preußischen Referendaren Gebrauch gemacht haben. Gegen das Kriegsende wurde für die Kriegsteilnehmer die Erleichterung eingeführt, daß ihnen die wissenschaftliche Arbeit erlassen wurde. Die praktische Arbeit war inzwischen schon modernisiert worden, indem das gänzlich überflüssige sogenannte Referat in Fortfall gekommen war. Es wurde nunmehr auch gestattet, daß die praktische Arbeit schon während des letzten Vorbereitungsabschnittes beim Oberlandesgericht angefertigt wurde.

Die Verfügung vom 3. Dezember 1919 stellt nun die große Staatsprüfung auf ganz neue Grundlagen. Die sogenannte wissenschaftliche Arbeit kommt überhaupt in Fortfall. Die Prüfung zerfällt in vier Teile. Die Erstattung eines „Rechtsgutachtens", wie es von einem Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsgelehrten einer Partei erstattet wird. Es folgt eine praktische Arbeit auf Grund von Prozeßakten. Sodann werden zwei Rechtsfälle nach Akten unter Aufsicht bearbeitet. Den Schluß bildet die mündliche Prüfung. Das Rechtsgutachten kann jetzt eine während des Vorbereitungsdienstes angefertigte rechtswissenschaftliche Arbeit ersetzt werden. Die Aufgabe erhält der mindestens ein Jahr im Vorbereitungsdienst tätige Referendar auf seinen Antrag vom Vorsitzenden der Justizprüfungskommission. Der Kandidat kann in dem Antrage eine Aufsatz, die er zu bearbeiten wünscht oder ein Rechtsgebiet, aus dem er eine Aufgabe zu erhalten wünscht, in Vorschlag bringen. In dieser Neuerung erblicke ich den glücklichsten Gedanken der Neuordnung. Die bisherige wissenschaftliche Arbeit wurde dem Referendar ohne sein Zutun erteilt. Er mußte sie binnen einer Frist von sechs Wochen erledigen, und zu einer wirklichen Vertiefung war er kaum imstande. Nunmehr werden durch die Möglichkeit der eigenen Wahl eines Themas die schöpferischen Kräfte, die in vielen jungen Juristen schlummern, geweckt. Da an die Spitze der Justizprüfungskommission stets Persönlichkeiten gestellt werden, die mit einer verlieften wissenschaftlichen Bildung praktische Erfahrung verbinden, so ist anzunehmen, daß dieses Zusammenarbeiten zwischen der aufstrebenden juristischen Jugend und der Justizprüfungskommission für viele junge Juristen bestimmend für ihren Entwicklungsgang sein und die Referendare veranlassen wird, auch nach abgelegter erster Prüfung sich wissenschaftlich fortzubilden und zu betätigen. Zwischen der Justizprüfungskommission und den die Zuteilung einer rechtswissenschaftlichen Arbeit erbittenden Referendaren wird vermutlich vielfach ein Meinungsaustausch stattfinden, mit dem Erfolge, daß unzweckmäßige Themata vermieden und die Referendare dazu angeleitet werden, Aufgaben zu wählen, die für die gegenwärtige Rechtsentwicklung neue wissenschaftliche Grundlagen beizubringen geeignet sind. So werden die jungen aufstrebenden Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden können. Da der Referendar die rechtswissenschaftliche Arbeit bereits nach einem Jahre teil dem Eintritt in den Vorbereitungsdienst erbitten kann und sie erst bei Monate nach Beginn des letzten Ausbildungsabschnittes abzuliefern braucht, so stehen ihm selbst bei Unterstellung der vermutlich alsbald überall eintretenden Abkürzung des Vorbereitungsdienstes auf drei Jahre, fast zwei Jahre zur Verfügung; und es kann in dieser Zeit etwas ganz anderes geleistet werden als in den früher für die wissenschaftliche Arbeit gewährten sechs Wochen. Es wird aber auch an die rechtswissenschaftliche Arbeit ein anderer Maßstab angelegt werden müssen als bisher, und die Justizprüfungskommission wird aus den ihr eingelieferten Arbeiten eine Uebersicht über diejenigen emporstrebenden Kräfte erhalten, die später nach abgelegter Staatsprüfung in den mit der Fortentwickelung der Gesetzgebung betrauten Amtsstellen werden Verwendung finden können. Die so ermöglichte Auswahl wird auch nach zwei anderen Richtungen hier von Bedeutung sein. Noch immer verhalten sich die Universitäten außerordentlich spröde gegen die Heranziehung von Praktikern. Die in dieser Beziehung bevorstehende Reform wird zu einer Ueberwindung dieses gänzlich unzeitgemäßen Widerstandes führen müssen. Die juristischen Fakultäten werden sehr bald selbst das Bedürfnis haben, wissenschaftlich geeignete jüngere Kräfte aus der Praxis heranzuziehen, schon zur eigenen Entlastung der Ordinarien. Hierbei wird ihnen die Justizprüfungskommission an Hand der eingelieferten wissenschaftlichen Arbeiten nützliche Vorschläge zu machen in der Lage sein. Aber auch die Justizverwaltung selbst wird von der Justizprüfungskommission die Empfehlung geeigneter Persönlichkeiten für die Fortbildungskurse für die Referendare erbitten können. Man mag über die Revolution denken wie man wolle. Eins ist sicher: viele Vorurteile und Gemeinheiten sind dadurch mit einem Schlage beseitigt worden, viele Zöpfe werden abgeschnitten, überall werden Samenkörner ausgestreut, die für spätere Zeiten eine gute Ernte versprechen. E. H.

Unserer Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Berliner Stadtmission bei. Die segensreiche Tätigkeit der Stadtmission ist allgemein bekannt, aber wir wollen doch nicht unterlassen, unsere Leser zu bitten, einen kleinen Betrag zu stiften. Es empfiehlt sich, für die Ueberweisung einer Spende die beigelegte Zahlkarte zu verwenden. Je mehr Geld eingeht, desto größer ist die Weihnachtsfreude bei den Armen!

Volkswirtschaftlicher Teil.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg zur Wirtschaftslage.

Die Gesellschaft nimmt als Grossunternehmerin (Aktienkapital: 36 Millionen Mark) für sich das Recht in Anspruch, in Fragen des Wirtschaftslebens mitzusprechen, und erhebt in ihrem Jahresbericht für 1918/19 ihre wahrende Stimme gegen die jetzige Planlosigkeit, gleichzeitig dazu auffordernd, alle Anstrengungen aufzubieten, um für unser deutsches Volk und insbesondere für Arbeiter und Angestellte eine Existenzmöglichkeit in die Zukunft hinüberzuretten. Wenn man glaube, jetzt eine langsame Besserung unseres Wirtschaftslebens feststellen zu können, wie z. B. Mehrung der Leistungen der Arbeiter, so dürfen diese höchstens als der Anfang zur Einsicht über die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände eingeschätzt werden. Es handle sich heute nicht darum, die alten Leistungen wieder zu erreichen — was übrigens noch lange nicht der Fall sei —, wir benötigen vielmehr eine bedeutend vergrößerte Produktion, wenn nicht nach der politischen auch die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit Deutschlands eintreten soll.

Die Gesellschaft war während der ersten Hälfte des Jahres noch für Heeresaufträge gut beschäftigt; die zweite brachte erhebliche Verluste. Die durch die Art der Erzeugnisse der Gesellschaft bedingten langfristigen Verkäufe konnten den sprunghaften und plötzlich einsetzenden gewaltigen Erhöhungen für Löhne und Materialien nicht annähernd gerecht werden. Erst nach und nach kamen aus den Kriegsnachwirkungen entstehende Notaufträge herein; in gewissem Masse traten hierzu Bestellungen von Ausland, so dass die Beschäftigung der Werke durch die jetzt vorliegenden Aufträge auf längere Zeit gegeben ist.

Die Abschlussziffern des Unternehmens haben wir in Nr. 571 bereits ausführlich mitgeteilt. Nach Abschreibungen von 2,48 Millionen Mark (i. V. 2,54 Millionen Mark und 3 000 000 ℳ ausserordentliche Abschreibungen) werden aus einem Reingewinn von 4 216 476 ℳ (9 239 160 ℳ) 10% gegen 18% Dividende verteilt. Die Bilanz ergibt folgende Ziffern (in Millionen Mark):

	1918/19	1917/18	1916/17
Bestände	106,49	96,49	69,07
Aussenstände	66,26	53,37	33,93
Wechsel	19,93	20,00	8,22
Wertpapiere und Beteiligung	9,78	14,48	8,83
Bankguthaben	10,06	9,71	6,60
Waren- und sonstige Schulden	59,73	38,56	26,07
Anzahlungen	88,09	81,75	38,63

Die bedeutenden bereits angekündigte erhebliche Kapitalerhöhung um 18 auf 54 Millionen Mark wird von der Verwaltung mit dem Hinweis auf die enorm gestiegenen Personalausgaben und die Materialpreise begründet. Ausser der Kapitalerhöhung ist beabsichtigt, nach Bedarf Teilschuldverschreibungen bis zur Höhe von 25 Millionen Mark auszugeben.

Deutsche Volkswirtschaft.

Neue Provisionssätze der Bankwelt. Die Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr hielt gestern nachmittag eine Versammlung ab, um zu der beantragten Erhöhung der Gebührensätze im Bankgewerbe Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Fränkel, betonte die Notwendigkeit einer Heraufsetzung der Provisionssätze. Folgende Aenderungen wurden angenommen, die vom 1. Januar 1920 ab in Kraft treten:

Gattung der Wertpapiere	Sätze der Gruppe A der BBW. gegenüber Bankiers	Sätze der Gruppe A der BBW. gegenüber Nichtbankiers Berlin	Sätze der Gruppe A der BBW. gegenüber Nichtbankiers auswärtige	Sätze der Berliner Stempelvereinigung gegenüber Bankiers	Sätze der Berliner Stempelvereinigung gegenüber Nichtbankiers in Berlin u. d. Provinz	Sätze der sonst. Bankvereinigung gegenüber sonstigen Nichtbankiers	Berechnung der Provision erfolgt vom
1) Festverzinsliche Werte (ausser den zu 2 genannten) alt	1%	2%	1%	1%	1%	1%	Nennwert, bei einem Kursstand von 110% und darüber vom ausmachenden Betrage
neu		0,75%	0,50%		0,50%	0,50%	
2) Anleihe des Reichs u. der Bundesstaaten alt	1/10	1%	11/10	1/2	11/10	11/10	Nennwert
neu		0,175%	0,20%		0,20%	0,20%	
3) Dividendenpapiere alt	1/10	2%	1%	1%	1%	1%	
neu	0,15%	0,85%	0,40%	0,175%	0,40%	0,40%	ausmachenden Betrag
4) Bezugsrechte alt	1%	1%	1%	1/10%	1%	1%	Nennwert einschliesslich Maklergebühr, höchstens jedoch gegenüber Bankiers 1/10 gegenüber Nichtbankiers 1 des Wertes des Bezugsrechts.
neu	1/10	1%	1%	1%	1%	1%	

Gegenüber Börsenbesuchern soll der Mindestsatz von 1/10% von ausmachenden Betrage sich erhöhen a. für Geschäfte in Rentenwerten (ausser Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten) auf 1/4%, b. für Geschäfte in Dividendenwerten auf 1/2% (bei Werten unter pari vom Nennwert).

Neue Zahlungsbedingungen der Elektro-Industrie. Der Geldbedarf der elektrotechnischen Fabrikationsfirmen ist ebenso wie der fast aller fabrizierenden Firmen ausserordentlich gestiegen, und zwar infolge der auf das Vielfache erhöhten Materialpreise, Löhne und Unkosten und weiter infolge des Umstandes, dass die Zulieferer, vorzugsweise die Kupfer- und Messingwerke, fast nur noch gegen hohe Anzahlung liefern. Da es undurchführbar erscheint, diesen Bedarf in der bisher üblichen Weise durch Erhöhung des Betriebskapitals in vollem Umfange zu decken, so haben die in der Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie vereinigten Elektrizitäts-firmen beschlossen, Aufträge auf elektrotechnische Fabrikate schon jetzt, spätestens aber vom 1. Januar 1920 ab nur noch gegen eine unverzinsliche Anzahlung von einem Drittel bis zur Hälfte des am Bestalltage geltenden Auftragspreises anzunehmen, soweit es sich nicht um kleinere Abnehmer mit Bestellungen weniger beträchtlichen Umfanges handelt.

Keine neuen Notstandsaufträge für die Eisenbahnverwaltung. Beim Reichswirtschaftsamt für Eisen- und Metallverwertung haben nach den „P. P. N." Besprechungen zwischen den beteiligten Kreisen über die Vergebung von Notstandsaufträgen für die Eisenbahnverwaltung stattgefunden. Diese Notstandsaufträge sind damals mit Rücksicht auf die Notlage der Industrie ausgegeben worden, die jetzt nicht mehr besteht. Ihre Durchführung verzögert die Herstellung rollenden Materials, das dringend benötigt wird. Aus diesem Grunde hat der Reichskommissar das zugestimmt, dass weitere Vergebungen von Unteraufträgen für die vor etwa einem Jahre in Auftrag gegebenen Fahrzeuge nicht mehr erfolgen sollen. Danach brauchen die Lokomotiv- und Wagonfabriken nicht mehr neue Notstandsaufträge zu vergeben, soweit die Verhandlungen nicht bereits eingeleitet sind. Ist dies jedoch der Fall, so müssen die Unterlieferer bis zum 1. Januar 1920 den Auftrag fest übernehmen; andernfalls kann der Hauptlieferer die betreffenden Teile selbst anfertigen. Unberührt bleibt die bisherige Feststellung der Lieferungspreise für die übernommenen Arbeiten sowie die Bewilligung von Zuschüssen durch den Reichskommissar.

Aus der Bankwelt. Das Bankhaus Marcus Nelken & Sohn, Breslau-Berlin, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1920 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Herren Kar Potocky-Nelken, Berlin, Robert David, Berlin und Richard Henschel, Breslau.

Ausländische Volkswirtschaft.

Deutsch-Oesterreich als Aktionär. Der Verwaltungsrat der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerksgesellschaft hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 14 Millionen Kronen beschlossen. Die Staatsverwaltung und das Land Oberösterreich übernehmen die 6 Millionen neuen Aktien bei gleichzeitiger Entsendung von Vertretern in die Verwaltung.

Zuckerlieferungen der Tschecho-Slowakei an Frankreich. Aus Prag wird gemeldet: Der Minister des Aeusseren, Benesch, hat in Paris den Verkaufsvertrag über 1 Million Metzerzentner Zucker unterfertigt. Die Versendung über Hamburg beginnt im Frühjahr und soll innerhalb dreier Monate abgeschlossen werden. Die französische Regierung wird 100 Millionen Frank anzahlen.

Aktiengesellschaften.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Ges., Essen, erzielte im Jahre 1918/19 nach Abschreibungen von 6 814 000 ℳ (14 Mill. Mk.) einen Reingewinn von 4 670 416 (4 225 838) ℳ. Hieraus soll, wie im Vorjahr, eine Dividende von 8% verteilt werden. Der Stromabsatz betrug in dem Versorgungsgebiet 667 989 372 Kilowattstunden, von denen 264 346 313 Kilowattstunden auf die angegliederten Unternehmungen entfallen. Während die Stromabgabe bis zum Oktober vorigen Jahres noch anstieg und vor Ausbruch der Revolution das Höchstmaß mit rund 80 000 000 Kilowattstunden im Monat erreichte, fiel sie darauf auf fast die Hälfte, sie hat auch zur Zeit der Abfassung des Berichts noch nicht die vorjährige Abgabe erreicht. Infolge der Aufhebung der Verdunklungsmaßnahmen in den Städten und des Hungers nach elektrischem Licht, der sich insbesondere auf dem Lande mangels sonstiger Beleuchtungsstoffe zeigt, stieg allerdings die Lichtabgabe im letzten Geschäftsjahr gegen das Vorjahr um fast 30%. Der Stromrückgang ist, abgesehen von Produktionseinschränkung infolge Kohlenmangels, auf den geringeren Kraftverbrauch der Industrie zurückzuführen. Von der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Jahr 54 757 197 cbm Gas (33 907 676 cbm) abgegeben.

In der Generalversammlung der Wilhelmshütte, Act.-Ges. für Maschinenbau und Eisengießerei wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 100 000 ℳ einstimmig beschlossen. Die ab 1. Juli 1919 dividendenberechtigten Aktien sind an ein Konsortium mit 110% begeben und sollen den Aktionären im Verhältnis von 3:1 zu 115% zum Bezuge angeboten werden. Ueber den Geschäftsgang wurde mitgeteilt, daß sämtliche Werkstätten mit Aufträgen auf längere Zeit versehen sind.

Bei der Akt.-Ges. Schäffer & Walcker in Berlin ist infolge Angliederung der Apparatebau- und Metallwerke vorm. Gebr. Schmidt in Weimar, für deren Erwerb 750 000 ℳ Schäffer & Walcker-Aktien neu ausgegeben wurden. Besitzveränderungen haben sich zusammengetan, damit soll die bevorstehende ausserordentliche Generalversammlung Satzungsänderungen beschliessen, welche die Möglichkeit bieten, den Sitz der Gesellschaft und der Generalversammlung nach Weimar zu verlegen. Auch in der Zusammenretzung des Aufsichtsrates werden die veränderten Kapitalbesitzverhältnisse zum Ausdruck kommen. Die Berliner Aufsichtsratsmitglieder, nämlich Bankiers Oskar Heimann, Franz Siels, Karl Potockli Nelken, Albert Nickel und Hermann Wattjen sind jetzt aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, der noch verbleibende Bankier A. Ephraim behält sein Mandat nur bis zum Tage der Generalversammlung, um die Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates (Mindestzahl drei Mitglieder) aufrecht zu erhalten.

In der Aufsichtsratssitzung der Patzenhofer Brauerei wurde beschlossen, der Generalversammlung für 1918/19 die Verteilung einer Dividende von 12% gegen 14% i. V. in Vorschlag zu bringen.

Der Hallesche Bankverein beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 24 Millionen Mark. Die jungen Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 1 zu 3 zum Kurse nicht unter 120 angeboten.

Berliner Börse vom 5. Dezember.

Die Börse eröffnete trotz der wenig erfreulichen außenpolitischen Verhältnisse in überwiegend fester Haltung. Auf einzelnen Markgebieten wurden Rückkäufe vorgenommen, die zu merklichen Kurserhöhungen führten. Größere Aufmerksamkeit wandte die Spekulation wieder Auslandspapieren zu; besonders bevorzugt wurden die Aktien der Schantungbahn, die mit 440% eröffneten und bald auf 447 stiegen; Canada-Aktien gingen nach 1130 mit etwa 1170% um. Am Kolonialmarkt konnten sich Deutsche Kolonial- und Pomona-Anteile nicht behaupten. Von Petroleumwerten hatten Steaua Romana die Führung. Montanpapiere neigten zur Schwäche, und zwar verloren die Aktien der Bismarckhütte 8%, der Phoenix-Gesellschaft 6½%, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G. 4½%; dagegen gewannen jene der Gelsenkirchner Gesellschaft 5%. Von Schifffahrtswerten erlitten Hamburg-Südamerikanische Packetfahrt eine Kurseinbuße von 9%. Farb- und Elektrowerte waren gut gehalten, Rüstungsaktien meist gebessert. Von heimischen Anleihen verloren die 3½%igen Konsols ⅛%. Fremde Renten waren ungefähr behauptet; Bosnische Anleihen gewannen 9%. Griechische Anleihe wurde erstmalig mit 130%, Denver Rio Grande Bonds mit 350% notiert. Tägliches Geld etwa 4½%, Privatdiskont 4⅝% und darunter.

Am Einheitsmarkt waren höher:

Betonwerke 6, Zeitzer Masch. 5, Carl Berg 8, Badburger Wolle 5. Ver. Glanzstoff-Fabr. 11, Egestorff Masch. 9, Kronprinz Metall 5, Zittauer Webereі 6, Hannover Waggon 16, Dresdener Gasmotoren 5, J. P. Bemberg 20, Köln Neu-Essen 49, Rositzer Braunkohlen 4½, Arenberger Bergwerk 15, König Wilhelm 5.

Niedriger: Gerresheimer Glas 16, Germania Zement 6½, Berzelius 6, Tittel u. Krüger 5, Auer 50 ℳ. Chem. Fabrik Milch 5, Charl. chem. Werke 10, Alfred Gutmann 5, Thüringia Oelfäbr. 8, Eisenb.-Verk.-Anst. 17, Gebr. Goedhardt 5½, Flöther Masch. 6.

*

Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse. 5. Dezember: Hafer für 1000 kg loko 1860 bis 1900 ℳ ab Speicher frei Wagen, 1840 bis 1850 ℳ ab Bahn. Tendenz fest.

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:		5. Dezember Geld	Brief	4. Dezember Geld	Brief
Holland	100 Gulden	1724	1726	1728	1726
Dänemark	100 Kronen	869½	870½	864½	865½
Schweden	100 Kronen	994½	996½	974½	975½
Norwegen	100 Kronen	944½	945½	966½	968½
Helsingfors	100 Finnische Mark	144½	145½	145½	146½
Schweiz	100 Franken	859½	860½	835½	835½
Wien (alter)	100 Kronen	—,—	—,—	24,95	25,05
Wien (Deutsch-Oesterr. abgest.)	100 Kronen	29,20	29,80	29,95	30,05
Prag	100 Kronen	84,15	84,85	80,90	81,10
Budapest	100 Kronen	32,95	33,05	32,90	33,05
Madrid u. Barcelona	100 Peseten	909½	910½	869½	870½

Kopenhagen, 4. Dezember.

	K. v. 4. 12	3. 12		K. v. 4. 12	3. 12.
Hamburg	12,00	12,00	London	20,40	20,27
Amsterdam	200,75	197,00	Paris	51,5	51,35
Schweiz	98,00	96,50	Antwerpen	44,25	4,35
New York	329,00	316,00	Helsingfors	17,35	17,50

Stockholm, 4. Dezember.

	K. v. 4. 12	3. 12.		K. v. 4. 12	3. 12
Berlin	10,25	10,50	London	17,60	17,85
Amsterdam	172,00	173,00	Paris	44,50	46,00
Schweiz	82,00	82,00	Brüssel	47,00	48,00
Washington	457,00	454,00	Helsingfors	12,25	13,25

New York, 2. Dezember.

	K. v. 2. 12	1. 12.
Geld auf 24 Std. Durchschnittsrate	2½	2½
Geld auf 24 Std. letzte Darlehen	—	—
Wechsel auf Berlin (Sicht)	24	24
do. auf London (60 Tage Sicht)	3,91,00	3,95,50
do. do. (Cable Transf.)	3,95,50	4,00,25
do. auf Paris (Sicht)	9,88	9,86
Silber in Barren	1,301	1,294

Berliner Metallbörse vom 2. Dezember.

Preise für 100 kg in Mark:

	5. 12.	2. 12.
Elektrolytkupfer (wire bars)	2064	2065
Raffinadekupfer (99—99,5%)	1925—1975	1900—1975
Hüttenzinkblech	760—800	715—725
Hüttenzinkblech (Syndi.-Preis)	450	450
do. (im freien Verkehr)	620—640	500—600
Hüttenaluminium (98—99%)	3750—3800	3700—3750
Banka-Zinn	5400—5500	5350—5450
Hüttenzinn (99%)		
Reinnickel (98—99%)	8800—8850	8600—8700
Antimon (Regulus)	850—875	820—850

Neuerscheinungen.

August Jung: **Die staatliche Elektrizitätsgrossversorgung Deutschlands.** Jena 1918, Verlag Gustav Fischer.

Der Verfasser plädiert für ein Reichsmonopol in der Elektrizitätsgrossversorgung. Ausgehend von der heutigen Zersplitterung in der Elektrizitätserzeugung untersucht er die objektiven Vorbedingungen für das Monopol. Schon die einheitliche Organisation werde die Versorgung volkswirtschaftlich produktiver gestalten. Dadurch, dass es sich auf die Grossversorgung beschränkt, wird das staatliche Monopol der privaten Unternehmung überlegen sein, da es die komplizierte Kundenversorgung der privaten Initiative bzw. den Kommunen überlässt. Sehr gut und bemerkenswert ist die theoretische Grundlage der Tarifgestaltung entwickelt.

Georg Fiatow: **„Das Recht der Uebergangszeit."** Berlin, 1919. Verlag Gesellschaft und Erziehung.

Es handelt sich um einen sehr begrüßenswerten Führer durch den Urwald der Verordnungen betreffend Mieterschutz, Wiedereinstellungspflicht, Erwerbslosenfürsorge, Tarifverträge, Siedlungswesen, meistens Dinge, die den aus dem Kriege Heimgekehrten angehen. Die Schrift ist übersichtlich, frisch und populär.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Sonnemann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32.